



Prolog

Die Koalition der Blutsauger oder Die Verwüstung des Planeten Mensch

Manifest zur Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)

Warum noch ein Beitrag zur TTIP? Das „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ will eine Antwort auf die Frage geben, was dieser Vertrag – auch THIP (Transatlantische Handels- und Investitions-Partnerschaft) oder TAFTA (Trans-Atlantic Free Trade Agreement) – für Menschen bedeutet, die in prekären Verhältnissen leben, hier und anderswo. Unsere Antwort bemüht sich um ein realitätsnahes Verständnis der Hintergründe, der Begleitumstände und der Folgen der TTIP.

I. Grundsätzliches zu TTIP und CETA

Akteure, Absichten und Ziele

Vor 15 Jahren scheiterte der Versuch von Unternehmern und Managern, mit einem Multilateralen Investitionsabkommen (MAI) die weltweit operierenden Großkonzerne gegen politische Einflussnahmen und öffentliche Interessen abzusichern, am öffentlichen und parlamentarischen Widerstand. Ein Hauptanliegen der beteiligten Konzerne, den gleichen Rechtsstatus wie die beteiligten Staaten zu erhalten, um gegen diese klagen zu können, wenn sie meinten, durch politische Entscheidungen Gewinneinbußen erlitten zu haben, verfolgten sie beharrlich weiter. Jahrelang wurde hinter verschlossenen Türen zwischen Kanada und der EU-

sie nicht die gleiche Bedeutung wie für die USA hat, aber es wäre blauäugig, aus dieser Asymmetrie abzuleiten, dass die EU auf die Bremse tritt: Es geht letztlich nicht so sehr um Details und das eine oder andere Ungleichgewicht, sondern um fundamentale gemeinsame Interessen, so dass, bei aller Konkurrenz der Konzerne untereinander, die Unterhändler Mittel und Wege finden werden, für alle Beteiligten genügend attraktive Vorteile zu vereinbaren.

Das strategische Grundmuster von TTIP und CETA

Alle bekannten Details der geplanten Abkommen lassen sich in ein strategisches Grundmuster einordnen: *Deregulierung, Investitionsschutz, Entrechtlichung*. Das angestrebte Ziel: *Profitsicherung* ohne politisch gesetzte Grenzen.¹

Deregulierung: Regeln, also Gesetze und Verordnungen, die nach Meinung von Konzernvertretern Profite verhindern oder schmälern könnten, werden abgeschafft. Wohlklingende Etiketten wie „Harmonisierung von gesetzlichen Regelungen und Standards“, „Abbau unnötiger, nicht tarifärer Handelshemmnisse“, Verzicht auf „nicht handelsbezogene Bestimmungen“ verbergen die Tatsache, dass die Vertrags-

untergeordnet worden sind, sollen sie nun vollends dem „freien Markt“ verfügbar gemacht werden.

Investitionsschutz: Als in den sechziger Jahren mehrere Länder Afrikas und des Nahen Ostens die dort tätigen ausländischen Konzerne entschädigungslos hinauswarfen, entstand diese Idee, und als 1981 im Zug der iranischen Revolution eine Reihe amerikanischer Konzerne enteignet wurde, drangen diese in einem „Iran-US Claims Tribunal“ darauf, entschädigt zu werden.

Geht es nach TTIP und CETA, kann künftig auch im transatlantischen Raum jeder Investor in irgendeiner Regelung ein aktuelles oder künftiges Hindernis für seinen Profit sehen.

Investitionsvorhaben können gezielt so gestaltet werden, dass sie zu einer Klage führen. Nicht mehr nur der Wettbewerb, also der Markt, entscheidet über Gewinne oder Verluste, sondern Profite lassen sich durch Ausgleichszahlungen, die eingeklagt werden, wenn es mal nicht so gut läuft, abfordern. Sollte sich herausstellen, dass ein Produktionsverfahren oder ein Produktionsstandort gefährliche Auswirkungen auf Mensch und Natur haben, können Politik oder Verwaltung zwar eingreifen, laufen aber Gefahr, für Gewinne, die dem Unternehmen entgehen, und für verlorene Investitionen mit Steuergeldern bezahlen zu müssen.

Die absurden Pointen: Investoren können eine Rechnung über Einkünfte aufmachen, die ihnen in Zukunft entgehen würden, und sie ebenfalls vom Staat einfordern; und Finanzjongleure könnten beliebige Firmen gründen, nachdem sie die örtlichen Regelungen und Verordnungen genauestens studiert haben, deren einziges Ziel darin bestünde, künftige Gewinne einzufordern, weil sie sich von Behörden behindert sehen. Dem Zugriff auf das Staatsvermögen, auf die Staatseinkünfte werden Tür und Tor geöffnet – nicht zuletzt ein Weg, Unternehmenssteuern auf elegante Weise wieder in die eigenen Taschen umzuleiten.

Entrechtlichung: Nun könnte man meinen, diesen Gefahren sei leicht zu begegnen, handelt es sich doch um rechtsverbindliche Abkommen, so dass beteiligte Staaten sich gegen solche raffinierten Manöver zur Wehr setzen können. Dieser Einwand stimmt – vor allem aber stimmt er nicht.

CETA und TTIP schaffen einen paradoxen, sprich: rechtlich geordneten rechtsfreien Raum, der durch die *Schiedsgerichte* definiert wird, die in den Abkommen als Institutionen für die Streitschlichtung vorgesehen sind. Rechtliche Ordnung herrscht insofern, als überhaupt eine Schlichtungsinstanz vertraglich fixiert wird, über die Staaten

Ansprüche von Konzernen abwehren können. Rechtsfrei ist dieses Verfahren, weil die Schiedsgerichte als einzigen Rechtsrahmen das jeweilige Abkommen kennen, also im unmittelbaren europäischen Einzugsbereich CETA und TTIP. Deren Rechtsstatus hebt andere Rechtsnormen geschickt aus:

Schiedsgerichte bestehen aus drei Parteien: den Konzernen, den Staaten und den VertreterInnen von spezialisierten Anwaltsbüros.

♣ Da solche Anwaltsbüros häufig Konzerninteressen auch in anderen Zusammenhängen vertreten, kann an ihrer Unparteilichkeit gezweifelt werden.

♣ Die Verhandlungssummen gehen oft in die Hunderte von Millionen, an ihnen bemisst sich das Honorar der Anwälte. Alleine die Tatsache, dass ein Staat von einem Konzern vor ein Schiedsgericht gezerrt wird, kostet den Staat Gebühren in einer Größenordnung, die den lebenslangen Verdienst der meisten Menschen bei weitem übersteigen. Es genügt wenig Phantasie, um sich vorzustellen, dass schon ein halbes Dutzend solcher Verfahren einen Staatshaushalt enorm belasten kann.

♣ Vergleichbar sind die Schiedsgerichte dem deutschen zivilrechtlichen Verfahren, das häufig mit einem Vergleich abgeschlossen wird. Die Schiedsgerichte werden sich in der Regel um einen Ausgleich zwischen Konzern- und Staatsinteressen bemühen. So weit, so gut. Weniger guten Eindruck machen die Summen, um die es geht: Verlangt ein Konzern von einem Staat z.B. 200 Millionen Euro Schadenersatz, wäre selbst ein Vergleich, der ihm nur die Hälfte dieser Summe zuspräche, eine erhebliche Belastung für den Staatshaushalt, eine Hochrechnung auf ein halbes Dutzend oder mehr Verfahren mit ähnlichem Ausgang würde ihn mit Sicherheit in große Nöte bringen.

Durch diese hinter verschlossenen Türen in irgendwelchen Hotels geschlossenen Vergleiche kann kein nationales Gesetz, kein Verfassungsgericht, kein Bundesgerichtshof einschreiten. Zwar bleiben nationale Gesetze bestehen, werden keine höchstrichterlichen Entscheidungen verhindert, ihre Konsequenzen aber können teuer, ja epochal werden: Entweder ziehen sie neue Schiedsgerichtsverfahren nach

sich und werden dadurch irgendwann unbezahlbar, oder die politische Konsequenz besteht in einem Austritt aus dem Abkommen – aber es muss erstens damit gerechnet werden, dass in den geheimen Verhandlungshorrorde Konventionstrafen für diesen Fall vorgesehen werden, zweitens wird ein solcher Schritt praktisch unmöglich, weil er, etwa bezogen auf Deutschland, einen Austritt aus der EU bedeuten würde.²

II. Die Rolle der Politik

Es kann nicht überraschen, dass Investoren, Unternehmer, Manager ein starkes Interesse an TTIP und CETA haben. Aber was versprechen sich die nationalen, die europäischen Politiker von diesen Abkommen? Wirtschaftliche Wachstumsraten von 0,5 Prozent in zehn Jahren, die unabhängige Experten errechnet haben, sprächen eher *gegen*, überzeugende Gründe *für* solche Freihandelszonen sind nicht erkennbar. Worin also besteht das politische Interesse?

Das Kapitalverhältnis

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die Ziele der französischen Revolution gleiten durch die Gedankenwelt, in der sich freier Handel, Freihandelsabkommen, Partnerschaft usw. assoziativ begegnen. **Könnten TTIP und CETA, entgegen aller Kritik und Vorbehalte, Schritte zu mehr Gerechtigkeit und ein von existenziellen Nöten unbelastetes Leben für alle Menschen sein, wie uns viele PolitikerInnen weismachen wollen?** Sehen wir genau hin:

Grundlage kapitalistischer Verhältnisse sind das Privateigen- weiter auf Seite 2

² Wie real diese Bedrohungen sind, zeigt der Schaukasten zu den schon laufenden Verfahren vor den sog. Schiedsgerichten.

Edditorial Es geht um die Freiheit

Bitte lesen Sie unseren Bündnisbrief besonders aufmerksam. Dieses Mal geht es um die Freiheit. Um unsere Freiheit! Denn unsere Demokratie ist in Gefahr! Das geplante Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wird – wenn es verwirklicht wird – eine Falle für uns alle werden: es geht um mehr Macht für weltweit agierende Konzerne – auf Kosten der Demokratie, auf Kosten von Mensch und Mitwelt. Freihandel bedeutet Freiheit für die Wirtschaft, die eigentlich die Geschicke der Völker bestimmt. Es geht um eine

neue Dimension im globalisierten Kapitalismus, der unsere Welt bereits jetzt an die Wand gefahren hat. Wehren Sie sich: zusammen mit vielen Organisationen und Initiativen. Der überzeugte Kommunist Ignatius Cilone hat dem überzeugten Christen Karl Rahner SJ einst zum Geburtstag geschrieben: „Unum in una spe: libertas“ – „Eins in einer Hoffnung: Freiheit!“ Kämpfen wir entschlossen und solidarisch für unsere Freiheit und die Freiheit der kommenden Generationen auf unserer schönen Mutter Erde! | Eddi Erlemann

Kommission ein Vertrag ausgehandelt, den die beteiligten Konzern- und politischen VertreterInnen am 13. Oktober 2013 unterzeichneten:

CETA – Comprehensive Economic and Trade Agreement – verfolgt bis in die Einzelheiten die gleichen strategischen Ziele, es ist ein Steilpass für die TTIP-Entwickler: Wenn CETA ohne großen Widerstand die Parlamente passieren sollte, gäbe es quasi einen Präzedenzfall für den sog. Freihandel, den Politik und Kapital unkontrolliert verabreden. Die Bedeutung der TTIP wäre allerdings erheblich vermindert, weil alle wichtigen amerikanischen Konzerne Niederlassungen in Kanada haben, sodass auf diesem Umweg die angestrebten Ziele ohnehin erreicht werden könnten. Für die europäischen Unternehmen scheint die Lage etwas komplizierter zu sein, weil Kanada für

staaten sich verpflichten, ihre politischen Entscheidungen an den Vorgaben der Abkommen zu orientieren.

Nicht nur die vielzitierten „Chlorhühnchen“ fallen unter diese Entriegelung aller gesellschaftlich gewachsenen Mechanismen zum Schutz von Mensch und Natur. Egal, ob es um Ernährung, um Versorgung mit Medikamenten und ärztlicher Behandlung, ob es sich um die Rechte von ArbeitnehmerInnen oder die soziale Sicherung von Arbeitslosen und RentnerInnen, ob es sich um Kleidung oder um schulische und berufliche Bildung geht, ob um das tägliche Brot oder das noch wichtigere tägliche Wasser – so weit sie nicht ohnehin schon früher privatisiert und wirtschaftlichen Interessen

¹ In den einzelnen Kästen auf den folgenden Seiten werden die einzelnen geplanten Maßnahmen zusammengefasst.

Fortsetzung von Seite 1: tum und das Vorhandensein von Menschenmassen, die nichts außer ihrer Arbeitskraft zur Verfügung haben. Es liegt gewissermaßen in der Natur der kapitalistischen Produktionslogik, dass die Besitzer von Kapital, egal ob in Geld- oder in fester Form – Produktionsmittel, Rohstoffe – die Arbeitskraft der anderen kaufen, sie in Produktionsprozessen einsetzen und aus dem, was diese produzieren, ihren Mehrwert, also ihren Profit, ziehen.

Ergebnis dieses sog. Kapitalverhältnisses ist immer, das ist sein tieferer Sinn, wachsender Reichtum auf der einen und zunehmende Armut auf der anderen Seite. **Gegen diese Ausbeutung der Vielen zugunsten der Vermehrung des Wohlstands für die Wenigen haben in den letzten 150 Jahren die Arbeitskraftbesitzer viele Verbesserungen von Einkommen und Lebensbedingungen hart erkämpft.** Eine starke Arbeiterbewegung, kämpferische Gewerkschaften und auch eine Reihe politischer Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzten und eine Veränderung des gesellschaftlichen Ungleichgewichts anstrebten, machten Erfolge möglich, die Bildung, Gesundheitsfürsorge, Daseinsvorsorge und kulturelle Teilhabe für viele Menschen in einem bemerkenswerten Ausmaß Wirklichkeit werden ließen. **Das Etikett Sozialstaat hatte zeitweilig nicht nur einen guten Klang, sondern auch Realitätsbezug, denn PolitikerInnen sahen eine ihrer wichtigen Aufgaben im Versuch, die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit zu verringern.**

Schon Anfang des letzten Jahrhunderts allerdings verabschiedete Eduard Bernstein, der Begründer des sozialdemokratischen „Revisionismus“, sich von der sozialistischen Idee und läutete den Rückzug von der kämpferischen Linie gegen Ausbeutung, Benachteiligung und Ungerechtigkeit ein.

Definitiv bedeutete das Godesberger Programm der SPD von 1959 eine für die deutsche Gesellschaft prägende Zäsur: Mit der Absage an marxistische Theorie und Praxis verschwand der unaufhebbare Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zunächst aus den parteipolitischen Zielprojektionen; der gesellschaftliche Gesamtzustand ließ ihn dann ganz verschwinden:

Die kommunistische Partei war verboten, die Grünen waren nie eine antikapitalistische Partei, die Linke auch nicht wirklich, und die Gewerkschaften standen sowohl ideell als auch personell der SPD immer viel zu nahe, als dass sie noch in der Lage gewesen wären, an der sich einstellenden gesellschaftspolitischen Erstarrung etwas zu ändern.

Für die so entstandene neue politische Korrektheit, getragen von Politik und Medien, gab es nicht nur keine revolutionäre Perspektive mehr, sondern auch kein Modell für Verteilungs- und Teilhabegerechtigkeit. Der gesellschaftliche Status quo war erst einmal für Jahrzehnte festgeschrieben:

Ausbeutung und Profitsteigerung wurden genauso zu selbstverständlichen Grundlagen der gesellschaftlichen Wirklichkeit erklärt wie das folgerichtige weitere Auseinanderfallen von Wohlstand und Elend.

Als es um 1968 dennoch in der Gesellschaft zu brodeln begann, als unabhängige Gewerkschaftsmitglieder, Studierende und viele gesellschaftskritische Menschen aus allen Gesellschaftsschichten den Staat und die politischen MacherInnen infrage stellten, weil sie Ungerechtigkeit und Ungleichheit als undemokratische Auswüchse nicht mehr ertragen konnten, sorgten Politik und Staat für Ruhe:

Über Gesetzesänderungen („Maulkorbberlässe“), über massiven, gewalttätigen Polizeieinsatz (Brokdorf, Kalkar, Friedens- und Anti-Akw-Demonstrationen) und über Berufsverbote:

Mithilfe geheimdienstlicher Aufrü-



stung – nein, nicht die Stasi, der Verfassungsschutz – wurden diejenigen, die ihren Protest lautstark und nachdrücklich äußerten, stigmatisiert; das Dogma der „Freiheitlich-Demokratischen Grundordnung“ – in memoriam Willy Brandt – sorgte dafür, sie auszugrenzen und ihr gesellschaftsveränderndes Wirken auszubremsen.

1989 schien noch einmal Bewegung in die versteinerten Kontinente der gesellschaftlichen Gewinner und Verlierer zu kommen. Der Mauerfall liess nicht nur Millionen von Menschen in einen narkotisierenden D-Mark- und Konsumrausch fallen, es sickerte eine große Gruppe von Menschen in die westdeutsche Gesellschaft ein, die aus der DDR sehr klare, sehr konturierte Vorstellungen von einem sozial gerechten und politisch von Allen mitgestalteten Zusammenleben mitbrachten. Die „Runden Tische“ trugen eine aufregende Botschaft ins Land: Alle, die können und wollen, sollen das menschliche Miteinander gemeinsam formen. Die politische Realität rollte über sie in kurzer Zeit hinweg und machte sie und ihre mitreißenden, hoffnungsvollen Ansätze platt. Die „friedliche Revolution“ entlarvte sich letztlich doch als ein Raubzug der Investitionshaie, gesponsert von ihrem politischen Dienstpersonal. **Die zarte Frucht einer sozialen Revolution verkümmerte im Schatten der Mauer, die Kapital, Politik und Medien im anti-kommunistischen Schulterschluss errichtet hatten.**

Damit war der gesellschaftliche Konsens, von eher marginalen Unterschieden zwischen politischen Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbänden abgesehen, durch demokratisch legitimierte Gewalt wiederhergestellt.

Ohne diesen gesellschaftlichen Prozess der Konsolidierung gesellschaftlicher Ungleichheit hätte es keine Agenda 2010, hätte es keine Hartz-IV-Gesetzgebung, hätte es keinen galoppierenden Abbau sozialer Standards durch Sozialgesetzgebung, die ihren sozialen Anteil immer mehr einbüßte, gegeben.

Das gesellschaftliche Auseinanderdriften als Grundkonsens zwischen Politik und Kapital, das TTIP und CETA heute möglich macht, war für Jahrzehnte zementiert.

Depolitisierung

Dieser Konsens ist Ausdruck der verschobenen Machtverhältnisse zwischen Kapital und Politik, die weltweit eine grassierende *Depolitisierung* nach sich gezogen haben. Internationale Konzerne nutzen ihre Machtposition immer schamloser aus, um immer stärkeren Einfluss auf politische Entscheidungen und gesellschaftliche Prozesse zu nehmen. Kapitalinteressen definieren den Raum, in dem politische Entscheidungsprozesse noch möglich sind. Politik ist für sie vor allem Störfaktor, wenn es um Profite geht.

Umgekehrt ist Politik längst, spätestens und am konsequentesten mit der neoliberalen Revolution der letzten dreißig Jahre, willfähige Erfüllungsgeliffin, Mätresse der Wirtschaft geworden. Deutsche, europäische, weltweite Politik übernimmt in allererster Linie die Aufgabe, denen dienstbar zu sein, die über Geld und Kapital verfügen, und verfolgt das gar nicht mehr verhohlene Ziel, für die Mehrung dessen zu sorgen, was sie schon haben. Ihre politischen Kompagnons sorgen immer perfekter

TTIP oder TAFTA: Was steckt dahinter?

Der Name: TTIP bzw. TAFTA heißt Transatlantic Trade and Investment-Partnership (TTIP) oder auch Trans-Atlantic Free Trade Agreement (TAFTA). TTIP ist Programm und heißt auf Deutsch: Transatlantische Handels- und Investment-Partnerschaft.

Die Partner: Möglichst schnell – bis 2015 – wollen die EU und die USA das sogenannte Freihandelskommen vereinbaren. Wenn es denn angesichts der vielen Kritik so zustande kommt. Das EU-Parlament und die EU-Regierungen müssen dem Vertrag zustimmen. Streitpunkt bisher ist, ob die Parlamente der einzelnen EU-Mitgliedsstaaten ihren Segen geben dürfen. Sagt eins von ihnen Nein bzw. eine Regierung eines EU-Landes, wäre TTIP gescheitert.

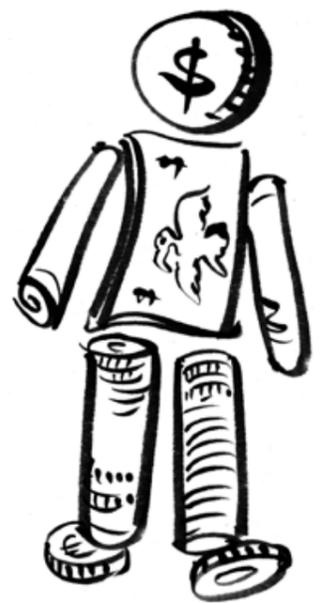
Das Ziel: Dass wir, käme TTIP, chlorbehandelte Hühnchen made in USA serviert bekämen, ist mittlerweile ein „sattsam“ bekanntes Beispiel jener TTIP-Kritiker aus NGO's, Umweltgruppen, Kirchen usw. Doch es geht um viel mehr und vor allem Grausames, wenngleich viele Details nicht bekannt sind. EU- und US-Gruppen verhandeln nämlich geheim. Weil es insbesondere die Amis so wollen. Mit TTIP würden wir massenweise gentechnisch veränderte Lebensmittel bekommen, Kennzeichnungspflichten würden aufgeweicht. Der ungehemmte Preiskampf der Konzerne ging unter anderem zu Lasten von naturschonend arbeitenden Bauernhöfen. Verbraucher- und Tierchutzstandards würden – Amerika sei Dank – gesenkt. Mehr noch: Konzerne könnten Staaten verklagen, wenn diese Gesetze beschließen, die zur Gewinnminimierung der Investoren führen. Solche Klagen gibt es bereits: auf Zypern, in Spanien und Griechenland. Ein Beispiel außerhalb der EU: Philip Morris klagt gegen Australien, weil dort der Nichtraucherschutz verschärft wurde.

Die Versprechungen: Angela Merkel, die Kanzlerin, ist ausnahmslos für TTIP, sagt sie. Es entstünden tausende neuer Arbeitsplätze allein in Deutschland, mehr Wachstum, weniger Zölle und Bürokratie. Dabei sind die Zölle zwischen EU und USA gar nicht mehr so hoch. Die SPD-nahe Hans-Böckler-Stiftung beispielsweise stuft den wirtschaftlichen Impuls infolge TTIP „als nicht wesentlich“ ein. Was nicht bedeutet, dass „das Kapital“ – gemeint sind die Konzerne – noch höhere Gewinne machen.

TTIP – der Job-Motor? Wohl kaum. Es ist zu befürchten, dass sich die niedrige Entlohnung Beschäftigter weiter ausweitet. Tarifbindung adé.

Was können wir tun? Kritisch sein und bleiben. Nicht alles, was in den Medien TTIP-mäßig kolportiert wird, ist richtig. Proteste gegen TTIP auf lokaler Ebene gibt es kaum. Aber Sie können „ihre“ Bundestagsabgeordneten und deutschen EU-Parlamentarier „löchern“. Per E-mail zum Beispiel. Oder sich an Petitionen beteiligen. Im Internet gibt es unter „TTIP“ eine Vielzahl von Möglichkeiten des „sanften Widerstandes“. Linke und Grüne im Europa-Parlament, sagen sie, wollen TTIP verhindern. Unterstützen Sie sie dabei. Und verteilen Sie unsere neue Bündnis-Zeitung, die sich ausführlich mit TTIP beschäftigt.

Zusammengestellt von Herbert Baumann



sache, dass die politische Souveränität auf den historischen Müll geworfen wird, noch am Ausverkauf der Werte, die die arbeitenden Menschen schaffen, noch am Verhökern ihrer Lebensbedürfnisse an das profitgierige Kapital, ändern sie irgendetwas. Das pseudodemokratische Ambiente kennt die demokratische Implosion nur notdürftig verdecken.

Politische Dienstbarkeit, erster Teil: Militarisierung

Wir würden unsere Politiker allerdings unterschätzen, wenn wir glauben, sie wären zufrieden, wenn sie nur noch ihre Rollen als Marionetten der Konzerne oder als Anhängsel der US-Amerikaner spielen. Ihre wichtigste Spielweise wird zunehmend Macht- und Militärpolitik. Sie forcieren die Militarisierung der Politik als militärischen Begleitschutz für die weltweiten Raubzüge des Kapitals, militärische Kraftakte werden zu einer Art Selbstbestätigung für die politischen Gremien und ihre Vertreter dafür, dass sie noch zu etwas wert sind. Deshalb reicht ihnen bloßes Säbelrasseln nicht, sie haben, um ein passendes Bild zu gebrauchen, Lunte gerochen und forcieren kriegerische Übergriffe. Die deutsche Bundeswehr ist seit 1990 zu mehr als 50 „friedenserhaltenden“ und „friedenssichernden“ Auslandseinsätzen marschiert, inzwischen erspart die Regierung sich die scheinheilige Schönfärberei und beordert die Soldaten offen zur Sicherung der deutschen – wirtschaftlichen – Interessen an die jeweiligen Fronten.

So erhalten das unverholene Drohvokabular der neuen Kriegsministerin von der Leyen, die markigen Worte des Außenministers Steinmeier zu potenziellen Militäreinsätzen, die in pastorales Timbre verpackten Wünsche des Bundespräsidenten nach stärkerer Verantwortung der Großdeutschen in der Welt und die lapidaren Kommentare der deutschen Kanzlerin Merkel zu allem, was den deutschen Interessen dient, ihren tieferen Sinn. Er hängt mit TTIP und CETA, oberflächlich betrachtet, überhaupt nicht, strukturell und strategisch aber eng zusammen:

Es ist eine neue Ära der politischen Willfährigkeit angebrochen, in der der militärische Gestus mit immer größerer Selbstverständlichkeit, immer häufiger und schneller als früher, in die schießwütige Geste umschlagen kann, weil nahezu alle Hemmungen in Bezug auf Waffeneklirr und Waffenanwendung zu fallen drohen.

Freihandel bzw. TTIP und CETA und Militarisierung der Politik verzahnen sich aber nicht nur über das Gewaltpotential, das beide trägt, sie sind im Geiste verwandt, im Zynismus ihrer Rechtfertigung, mit der ihre Absichten und Zielprojektionen mystifiziert werden:

Verteidigung der Freiheit, Verteidigung der Menschenrechte, Verantwortung für den Frieden und für die huma-

dafür, dass sie so wenig wie möglich zum Gemeinwohl und zum Gemeinwesen beitragen müssen.

Unter dem Schein von Vereinbarungen zwischen souveränen Partnern findet mit TTIP und CETA die endgültige Entmachtung der Politik statt. Konzerne, Wirtschaftsunternehmen können Politik diktieren, PolitikerInnen begeben sich in eine nahezu totale Abhängigkeit von Wirtschaftsinteressen. Die politischen Entscheidungsträger geben immer mehr Gestaltungs- und Planungsräume, die nicht vor den Profitzielen der großen Konzerne Bestand haben, frei. Politik verkommt zu einer Firma, die für die Konzerne alle Zügel lockert und sich selbst zu ihrem Büttel zurechtstutzt. Die sog. Finanzkrise ist der bisherige Höhepunkt der Dienstbarkeit von Politik für die wirtschaftlichen Interessen der Konzerne – TTIP und CETA geben ihr einen zusätzlichen Drive.

Entdemokratisierung

Kann das alles stimmen? Wir leben in einer demokratischen Gesellschaft, WählerInnen und ihre parlamentarischen VertreterInnen kontrollieren allzu mächtige, allzu selbstherrliche PolitikerInnen doch. Tatsächlich? An der Geheimhaltung der Verhandlungen zu TTIP und CETA ist vor allem bemerkenswert, dass diese Art politischen Handelns, die von demokratischen Legitimationsprozessen losgelöst ist, längst zum gesellschaftlichen Alltag gehört.

Ob es um den bestimmenden Einfluss von Lobbyisten auf Gesetzesvorhaben und Vertragsformulierungen geht; ob über Waffenlieferungen oder Waffenproduktion im Bundessicherheitsrat hinter verschlossenen Türen gekungelt wird; ob es sich um die Nebeneinkünfte von Abgeordneten, sprich: ihre erkaufte Loyalität zum Kapital handelt –

der Liste ließen sich zahlreiche Beispiele anfügen, die alle auf dieselbe Schlussfolgerung hinauslaufen:

Parlamentarische Demokratie ist von denen, die ihr ihre Posten und Funktionen verdanken, vielleicht nicht systematisch, aber ganz praktisch ausgehöhlt, ad absurdum geführt worden. **Seit Jahrzehnten findet ein schleicher Prozess statt, der eine neue Form der Machtsicherung und -ausübung hervorgebracht hat, die zutiefst antidemokratisch ist.** Auch wenn scheindemokratische Vorgänge wie Wahlen oberflächlich einen anderen Eindruck vermitteln, findet hinter der Fassade demokratischer Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse eine nicht mehr schleichende, sondern rapide politische Ausgrenzung, Exkommunikation der Teile der Bevölkerung statt, die weder über Macht noch über Kapital verfügen.

Vor diesem Hintergrund haben TTIP und CETA auch eine wichtige taktische Funktion. Es erstaunt, dass über Geheimverhandlungen so viele Einzelheiten an die Öffentlichkeit dringen, und der Verdacht liegt nahe, dass es, zumindest teilweise, um gezielte Indiskretionen geht, die gleich zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen:

Zum einen wird erreicht, dass öffentlich ausufernd und auf breiter Front über das TTIP diskutiert wird, was von der Bedrohung durch CETA, das möglichst bald in Kraft treten soll, ablenkt. Zum anderen bieten fragmentierte Informationen über die TIPP PolitikerInnen die Möglichkeit, sich als VertreterInnen demokratischer Entscheidungsprozesse zu profilieren, indem sie den einen oder anderen Kritikpunkt aufgreifen und an der einen oder anderen Stelle Kompromissbereitschaft signalisieren. Doch weder an dem rechtlichen und politischen Deichbruch namens CETA noch an der Tat-

GEN

nistische Tradition der Aufklärung; es fehlt nur noch die religiöse Pose des christlichen Auftrags vom Morden und Rauben, um das Abendland zu verteidigen – nein sie fehlt nicht wirklich, in persona des Erweckungspredigers Gauck, der seine kriegsmüden Landsleute aus dem Schlaf der Gerechten glaubt aufwecken zu müssen, haben wir sie mit im Kanonenboot, das der Welt schon zeigen wird, wo es lang geht.

Politische Dienstbarkeit, zweiter Teil: Zuckerbrot und Peitsche

Politik übernimmt in diesem ökonomisch bestimmten Setting noch eine andere wichtige Aufgabe: Ungerechtigkeit, Ungleichheit und Elend möglichst werbewirksam als die beste aller Lebenswirklichkeiten zu verkaufen. Zur Produktion von falschem Bewusstsein werden alle verfügbaren Techniken und Methoden der Vernebelung, Verschleierung, Mystifikation eingesetzt. Ihr Ziel besteht darin, das euphemistisch zu erklären, was in seinem Kern aggressiv und ausbeuterisch ist.

TTIP und CETA werden öffentlichkeitswirksam hergerichtet, ihre Gefahren und einschneidenden Folgen für unser aller Leben heruntergespielt, das Explosive wird zu leichten Rauchwölkchen verniedlicht. Diese Verharmlosung lässt sich angesichts der sozialen Lage in Deutschland und im Rest der Welt nur als inszeniertes Verblödungsmanöver bezeichnen.

Dennoch wird Wirtschaftsminister Gabriel nicht müde zu betonen, dass selbstverständlich die Interessen der Bevölkerung berücksichtigt werden, dass die gesundheitlichen und sozialen Standards, die es in Deutschland oder in Europa gibt, selbstverständlich erhalten bleiben; im gleichen Atemzug betont er, dass das TTIP-Abkommen wichtig und notwendig ist und auf jeden Fall kommen wird – er hält uns alle für beschränkt genug, den Widerspruch, in den er sich verwickelt, nicht zu begreifen.

Frau Merkel erzählt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit, dass die wirtschaftliche und politische Partnerschaft mit den USA für uns überlebenswichtig ist, dass freier Handel über TTIP unsere Zukunft und unser Wachstum sichern und unseren Wohlstand vergrößern wird, und sie sich selbstverständlich dafür einsetze, es mit Nachdruck zu einem guten Ende zu bringen. Andere europäische Politiker stehen ihr nicht nach zu beteuern, dass dieses Abkommen ausschließend und in geradezu idealer Weise dazu geschaffen ist, allen Europäern paradiesische Zustände zu beschieren.

Sie alle wissen sehr genau, wovon sie reden: von einem transatlantischen Bündnis nämlich, das ausschließlich den Unternehmen Zugang zu dem öffnet, was man paradiesisch nennen kann:

Unbeschränkt, ungeregelt, ohne irgendwelche handelsfernen Rücksichten, ihre Gewinne abschöpfen zu können. Nein, nicht den Konzernen ausschließlich: Ihre politischen Handlanger, die uns alle einem wirtschaftlichen Willkürregime ausliefern, entmachten sich zwar selbst, aber sie können sicher sein, in ausreichendem Maße, auf welchen Wegen und in welcher Weise immer, für ihre Zukunft versorgt zu sein; ihre lohnende Nähe zum Kapital wird durch berufliche Seitenwechsel ohne jedes Schamgefühl nur besonders drastisch demonstriert.

Für den Fall, dass all dies aus den betroffenen Menschen doch keine Schafe machen sollte, die bereit sind, sich dem Wolf im Schafspelz zum Fraß auszuliefern, übernimmt die Politik eine

dritte Aufgabe, zunächst einmal ohne militärische Begleitmusik:

Die Konsolidierung nach innen, in Deutschland und in Europa. Agenda 2010 und europäische Austeritätspolitik sind nur ihre äußere Fassade, kein Feldzug mit Waffen, aber doch ein kriegsähnliches Szenario nach innen, weil mit Gesetzen und Verordnungen denen Gewalt angetan wird, die sich nicht wehren können, also den Millionen Menschen, die hierzulande und in der EU hungern, verelenden, keine Bildungs- und keine Entwicklungschancen haben. Die Kriegsmetapher ist nicht so polemisch-weltfremd, wie es scheint: Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr im Inland und die Gier der militärischen Planungsstäbe nach Drohnen, die im Inland einzusetzen sind, schaffen das Potenzial, notfalls auch militärisch gegen die vorzugehen, die irgendwann vielleicht aufzustehen und sich zu wehren beginnen.

III.

Das Fundament: Zwei historisch-aktuelle Grundpfeiler

Gibt es plausible Gründe für diese Bewertung von TTIP und CETA? Ist es nicht eher infam, den von uns gewählten VertreterInnen des Staates zu unterstellen, sie könnten sich auf einen solchen Kuhhandel einlassen? Es gibt Gründe, aber man muss sie suchen, in Geschichte und Gessellschaft nach ihnen graben. Diese Abkommen entstehen nicht aus dem gesellschaftlichen oder historischen Nichts, sie stehen in einer politischen, wirtschaftlichen, zivilisatorischen Tradition

Die Praxis: Kolonialismus, Imperialismus

Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hat der Kapitalismus nicht nur viele Krisen durchgestanden, sondern einige Mutationen erfahren. Er ist vielleicht nicht wie ein Phoenix aus der Asche, aber doch immer wieder gestärkt aus ihnen hervorgegangen. Er scheint die Wirtschaftsform zu sein, die letztlich zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen, zwischen KapitalistInnen und ArbeiterInnen und Angestellten, eine für ihr Zusammenleben bestmögliche Balance ermöglicht. TTIP und CETA sollen diese, so erzählen uns ihre ökonomischen und politischen Advokaten, noch sicherer für uns machen.

Hinter dieser scheinbaren Stärke verbirgt sich die unsägliche Wahrheit der kapitalistischen Zwitterexistenz: Es gibt keinen kapitalistischen Entwicklungsschritt ohne imperialistischen Begleitschutz, er ist konstitutionell für die Entwicklung von Produktivkraft und Profitrate. Schon die kolonialistische Vorform der imperialistischen Absicherung von Mehrwert und Profit, die überfallartige Inbesitznahme von Land und Menschen im 19. Jahrhundert, trug die charakteristischen Züge: Militärische und zivile Gewalt, Raubrittertum und bigotte, selbstge-rechte und rassistische Begründungsmuster, die mit humanistischen bzw. religiösen Idealen scheinheilig gerechtfertigt wurden.

Die meisten Länder des afrikanischen Kontinents leiden seit mehr als einhundertfünfzig Jahren unter den Folgen, unter einer bis heute andauernden katastrophalen Lebens- und Versorgungslage. Die andauernde Ausschlachtung des afrikanischen Kontinents hat zur Folge, dass viele Länder kaum eine Chance hatten, eigene wirtschaftliche, kulturelle und politische Wege zu finden und zu entwickeln.



Vor diesem Hintergrund ist die Logik der Entschädigungs- oder Investment-Schutz-Ansprüche, die zur Entstehung von TTIP und CETA entscheidend beigetragen haben, geradezu unerhört:

Jahrzehntlang haben fremde Konzerne sich, großenteils mit brutaler Gewalt und/oder über die Bestechung korrupter Eliten, des natürlichen Reichtums bemächtigt, haben Milliarden über Milliarden aufgehäuft, von denen die Einwohner der betroffenen Länder keinen Pfennig, keinen Cent, keinen Penny gesehen, geschweige denn in der Hand gehabt haben – und wenn diese sich dann nehmen, was ihnen gehört, um damit ihr Leben und das ihrer Kinder zu sichern, brauchen, sollen sie bestraft werden, indem sie sich weiter verschulden, damit die Konzerne keine Profitbußen erleiden.

Als die Reproduktionsbedingungen des Kapitals in den letzten Jahrzehnten schwieriger wurden, nahmen der konsequente Zugriff auf Rohstoffe und die waffenbewehrten Sicherheitsgarantien für Investitionen und Absatzmärkte immer deutlichere Konturen an. Handelsabkommen, meistens von der WTO (Welthandelsorganisation) dominiert, hatten immer klare Sieger im Westen und klare Verlierer in den Entwicklungsländern, konnten die Investoren nie so genau wissen, ob die andere Seite sich auch an die Abmachungen hielt. Folgerichtig wurde der militärische Komplex aus- und aufgebaut, haben vor allem die Amerikaner in ihrer Weltmachtrolle überall auf dem Globus, wo sie eigene – zu Zeiten des Kalten Krieges noch politisch überformte, aber immer schon wirtschaftlich motivierte – Interessen gefährdet sahen, wo Rohstoffquellen verloren zu gehen drohten oder Investitionen durch Revolten oder politische Entscheidungen der einheimischen Bevölkerung gefährdet waren, massiv militärisch interveniert. Die Niederschlagung der chilenischen Revolution und die Ermordung Salvador Allendes – nur vordergründig Abwehr eines sozialistischen Gesellschaftsmodells –, die Irakkriege, die als Aufbauhilfe und humaner Beistand kaschierten militärischen Interventionen in Afrika, der Balkankrieg, Afghanistan – die Liste ist lang, und das eigentliche Motiv war und ist immer das gleiche: die Durchsetzung westlicher Interessen gegen wirtschaftliche und politische Ansprüche von Ländern, die den Rohstoffraub und die Öffnung der Märkte für die kapitalistische Profitgier zu unterbinden bereit waren.

Inzwischen ist dieses Konzept weltweit etabliert und gesetzlich legitimiert, so dass Drohpotentiale den Handelspartnern nicht nur vor Augen führen, welche Gefahr ihnen droht, wenn sie nicht spüren sollten, sondern auch zur gewaltförmigen Wirklichkeit werden.

Im globalen Imperialismus ist die Vermählung von Profit und Waffeneinsatz, verkuppelt durch politische Legitimierung, selbstverständlich geworden. TTIP, CETA und dieses imperialistische Handlungsmodell sind nicht voneinander zu trennen, es ist ihr unverzichtbares Nervenkostüm. EU und Nordamerika wollen zu Wirtschafts- und Militärmächten werden, die die Welt und ihre Ressourcen unter sich aufteilen. Deren BesitzerInnen sehen sich seit Jahrhunderten einer aufgeklärten Zivilisation ausgeliefert, die halt in aufgeklärter Weise brandschatzt und mordet.

Das Bewusstsein: Rassismus usw.

Was geschieht, immer und überall, findet auch und erst einmal in unseren Köpfen statt. In unseren Gedanken, in unseren Vorstellungen, mit unseren Gefühlen und Einstellungen unterfüttern wir unser Handeln. Auch TTIP und CETA und ihre manifeste Handlungsmuster werden von ihnen genährt – auf eine so erschreckende wie überrassende Weise.

Die meisten von uns, zivilisiert und aufgeklärt, wie wir sind, lehnen rassistische Vorurteile ab. Wir kennen keine biologisch begründeten Vorbehalte gegenüber fremden Menschen, durch die deren Gleichrangigkeit oder gar Existenzberechtigung in Frage gestellt werden könnte.

So gut, so fragwürdig. Columbus betrachtete die Indios als minderwertig, sonst wäre er nicht auf die Idee gekommen, sie auszurauben und niederzumetzeln; diese Einschätzung gilt für alle sogenannten Eroberer nach ihm, von wenigen tatsächlich aufgeklärten Europäern wie Alexander von Humboldt abgesehen, die dem Anderen und Fremden respektvoll begegneten. Die Kolonialisten in Afrika und Asien (damit wir uns selbst nicht aus dem Blick verlieren: unsere Großväter und Urgroßväter) sahen in den Menschen, die sie als Sklaven nach Amerika verschleppten, keine gleichberechtigten Wesen und meinten durchaus, auch biologisch begründete Unterschiede zu erkennen. Denen gegenüber, die sie nicht verschleppten, sondern in ihren Heimatländern ausbeuteten, niedermachten und missionierten, traten sie als Herrenmenschen auf, die sich zivilisiert und gebildet dünkten im Gegensatz zu den archaischen Gestalten, die ihnen zu dienen hatten und die sie benutzten wie das Vieh auf der Weide.

Geht man so mit Seinesgleichen, mit Menschen um, die man als gleichwertig ansieht? Eher nicht. Wir halten uns nicht mehr für Arier, aber wir halten die anderen für minderwertig, dass sie keinen Anspruch auf natürliche Lebensgrundlagen, auf ein glückliches Leben, auf Gastfreundschaft verdient haben. Diese Bewertungs- und Handlungsmuster sind substanzial rassistisch, sie haben das westliche Denken und Handeln seit der Aufklärung begleitet. Aber das war vorgestern.

Und heute? Wir plündern den afrikanischen Kontinent weiter aus, den asiatischen teilweise auch. Wir lassen in weiten Teilen der Welt Millionen von Menschen unter krankmachenden, ja mörderischen Bedingungen für uns Bodenschätze bergen, Kleidung und Schuhwerk produzieren, unter sklavenähnlichen Zuständen auf Feldern von Großunternehmern die Früchte anbauen, die wir im Supermarkt beäugen und abwägen, ob sie nicht doch zu teuer sind. Wir lassen zu, dass sie, wenn sie es nicht mehr aushalten und für sich und ihre Kinder auf eine bessere Zukunft hoffen, in der Wüste verdursten und im Mittelmeer ertrinken und, wenn sie es doch bis vor unsere Haustür schaffen, in menschenunwürdigen Behausungen vegetieren müssen, voller Angst, am nächsten Tag vielleicht schon abgeschoben zu werden.

TTIP und CETA folgen diesem Muster, durch die transatlantische Freihandelszone geistert der nicht mehr offene, aber versteckt nicht weniger folgenschwere Rassismus, dessen Auswirkungen auf die Seelen der Gequälten wir nicht nur ratlos, sondern auch noch achselzuckend-arrogant gegenüber stehen: Wenn die früher Kolonisierten und Versklavten sich seit Jahrzehnten auf bestialische Art selbst dezimieren, finden Hass und Verzweiflung und Ohnmacht ein groteskes, ein monströses Ziel – denn eigentlich meinen sie uns,



die Unterdrücker aus Westeuropa und von jenseits des Atlantiks, an denen sie keine Chance haben, sich zu rächen.³

Vom Faschismus muss hier nicht geredet werden – oder doch, denn er trieb, rassentheoretisch begründet und völkermordend umgesetzt, diese für das westliche Denken seit vierhundert Jahren prägenden Raster der Unterjochung auf die Spitze, aber er folgte in seinen Grundzügen genau diesem Selbst- und Fremdverständnis. Der Gedanke lässt sich weiterspinnen. Welchen Unterschied sollte es machen, ob Menschen als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt und dort ausgepresst werden, bis zur Erschöpfung oder bis zum Tod. Oder ob Menschen heute hier bei uns als Zwangsprostituierte benutzt, als Hausangestellte oder Küchenhilfen mit Hungerlöhnen oder gar nicht bezahlt werden; oder ob in Bangladesch oder andernorts Menschen an sieben Tagen in der Woche 10 und mehr Stunden für Waren schuften müssen, die uns fast hinterhergeworfen werden, und oft wochenlang keinen Lichtstrahl sehen; oder ob Kinder für nichts oder eine Handvoll Reis in Steinbrüchen und auf Kakaopflanzungen vernutzt werden; oder ob in diesem Land Leiharbeiter wie Leibeigene vermietet werden und Fleischarbeiter vom Balkan für Dumpinglöhne arbeiten und in kleinen Zimmern zusammengepfercht werden; oder ob in Spanien Menschen aus Nordafrika oder vom Balkan hinter Stacheldrahtzäunen leben und arbeiten müssen, in Verschlagen wie Vieh hausen, denen ihre Papiere abgenommen werden und die keine Chance zu entkommen haben; oder ob europäische Politiker bewusst und vorsätzlich in Kauf nehmen, dass Zehntausende Menschen auf dem Weg aus ihrer Lebenshölle ertrinken oder verdursten oder an Elektrozäunen verenden, nur weil sie nicht verhungern und verdursten wollen und für ihre Kinder eine Zukunft erhoffen?

An dieser Stelle wird ein gefährlicher Vergleich herausgefordert, den man, will man politisch korrekt bleiben, eigentlich nicht ziehen darf. Wir wollen aber vor allem konsequent in unserer Analyse und korrekt in unserem Protest gegen eine Politik sein, an die wir die Frage richten:

Gibt es ernsthafte Gründe anzunehmen, dass ein substanzialer Unterschied zwischen Massenmord und Massenmord besteht? Ist der, den unsere PolitikerInnen entweder per Gesetz anordnen oder über unsere Wirtschaftspolitik geschehen lassen oder über unsere Flüchtlingspolitik direkt zu verantworten haben, nur deshalb besser, weil er als „demokratisch“ und „mensenrechtlich“ etikettiert wird und nicht als faschistisch? Günter Grass war politisch inkorrekt genug, ihn als „demokratisch legitimierte Barbarei“ anzuprangern. Des Kaisers neue Kleider: das Mäntelchen der demokratischen Legitimation all dieser Verbrechen, all dieses Elends, verdeckt schon lange nicht mehr die entsetzliche Wirklichkeit, die Politik und Kapital geschaffen haben.

³ Sartres Vorwort zu „Die Verdammten dieser Erde“ von Frantz Fanon liefert eine erschütternde Analyse dieser Verhaltensmuster.

IV. Die Folgen

Der aufgekündigte Gesellschaftsvertrag

Das soziale Klima in Deutschland wird rauer. Wer arbeitslos wird und dann Hartz-IV-EmpfängerIn, wer als RentnerIn kein Vermögen in Reserve hat oder sich als alleinerziehende Mutter oder MigrantIn durchschlagen muss, etwa mit Billigjobs oder anderen prekären Beschäftigungsverhältnissen, wem sein karger Verdienst auf staatliche Zuwendungen angerechnet wird – sie alle leiden unter belastenden, krankmachenden Lebensbedingungen, ihre Gesundheitsversorgung hat sich durch gesetzliche Regelungen immer weiter verschlechtert, ihr Risiko, chronisch zu erkranken, erhöht, und ihre Lebenserwartung sinkt. Bildung und Kultur werden für immer mehr von ihnen zu Fremdwörtern, die sie kaum buchstabieren können. Ihr Leben wird ein schleichendes Sterben, sie werden wie überflüssiger Ausschuss behandelt.

TTIP und CETA werden den finanziellen, sozialen und rechtlichen Druck auf diese Menschen erhöhen. Steuer-gelder, die einer sozialen Politik dienen könnten, sind in den letzten Jahren mit Hunderten von Milliarden den Banken – natürlich nicht den Gebäuden, Aktenordnern und Computern, sondern ihren Managern, Vorständen und Aufsichtsräten – zugeschanzt worden; die Schiedsverfahren mit Konzernen werden, unbegrenzt und unkalkulierbar, aus Steuergeldern, also mit weiteren sozialen Einsparungen bezahlt werden müssen. Die arm sind, werden ärmer, die krank sind, werden kränker werden und ihr Krankheitsrisiko wird steigen, denn sie werden sich nur die billigen, die chemisch und hormonell vergifteten Lebensmittel leisten können, in denen auch noch genveränderte Rohstoffe stecken. Ihre Gesundheitsversorgung wird sich weiter verschlechtern, weil die Pharmakonzerne ihre Patente verschärfen schützen und die Produktion von preiswerten Generika so weit wie irgendwie möglich verhindern werden. Die Privatisierung in der medizinischen Versorgung wird fortgesetzt. Die Grundversorgung mit lebenswichtigen Gütern wie Strom, Gas, Wasser und Öffentlichem Verkehr wird so teuer werden, dass die Zahl derer, die jetzt schon ohne Wärme und fließendes Wasser leben müssen, weiter steigen wird. Die jetzt schon dramatische Verdrängung finanzschwacher Menschen an den Rand der Städte und die zunehmende Gentrifizierung werden sich ausbreiten – nicht zuletzt dadurch, dass die Kommunen und Stadtwerke sich gezwungen sehen werden, die existenziellen Versorgungsbereiche den Konzernen auszuliefern. Nicht nur in Bezug auf Einkommen und Vermögen, sondern hinsichtlich aller Lebensbereiche wird die Schere zwischen denjenigen, die sich ein gutes und angenehmes Leben leisten können, und denen, die wie Fremdkörper ausgestoßen werden, weiter auseinandergehen.

TTIP und CETA verfolgen nicht zuletzt die profitable Ökonomisierung in allen geistigen, kulturellen und wissenschaftlichen Bereichen. Schon jetzt nimmt unser kulturelles und soziales Selbstverständnis die technokratischen Folgen des Bologna-Prozesses, die Verschulung von Studiengängen, die keinen Raum für transzendierende und diskursive, also auch für gesellschaftskritische, Umwege mehr lassen, nur noch hin. Wir akzeptieren die Bildungsbarrieren für ärmere Kinder und G8 als Einübung in das Leistungsprinzip des Arbeitsmarktes und der Verhinderung von nachfragenden und nachdenken-

den Bildungshorizonten genauso wie das Auftreten der Bundeswehr in den Schulen, also die kindgerechte Militarisierung. Forschung, die an den mit unseren Steuergeldern finanzierten Hochschulen für Konzerne und Militär, also für die betrieben wird, die uns ausbeuten und bedrohen, interessiert die Wenigsten. Die drohende kulturelle Verarmung durch Streichung von Fördergeldern und Aufhebung der Buchpreisbindung, das diskursiv-systemspren-gende Potenzial kultureller Dynamik verschwinden in den Bilanzen der Medienkonzerne.

Europäischer Countdown

Viele Millionen Menschen in Europa erleben die Logik von Bereicherung und Verarmung gleich in doppelter Weise. Europaweit sind vor allem Griechenland, Portugal, Spanien, Italien, immer mehr auch Frankreich auf die Stufe kaputtgesparter Länder hinabgesunken, in denen den Menschen, Millionen von Opfern, die ohnehin wenig haben, auch der Rest noch genommen wird. In den wirtschaftlich schwächeren Ländern setzt die deutsche Politik ihr Austeritätsprogramm gnadenlos durch, deren Opfer von uns so wenig wahrgenommen werden, weil sie in ihrem Elend, in ihrer Armut, in ihrer Verzweiflung unsichtbar werden. Die Menschen, die in Spanien massenhaft aus ihren Häusern vertrieben werden, wie diejenigen, die in Griechenland vor sich hinsiechen, weil die öffentliche Gesundheitsversorgung dem von Deutschland diktierten Sparprogramm zum Opfer gefallen ist, sehen sich als die größten Verlierer der Strategie, die Politik und Kapital als gemeinsames Projekt in Europa installiert haben. Jede politische Maßnahme, die dem Kapital mehr profitorientierte Macht gibt – und TTIP und CETA sind nichts als solche verdichteten Hebel der Macht – machen ihre Lage hoffnungsloser.

Zugleich diktiert die Wirtschaftsmacht Deutschland den Rhythmus und das Ausmaß der Verarmung in den wirtschaftlich schwächeren Ländern, perfekt begleitet durch die unheilvolle Allianz zwischen Politik und Kapital: CO₂-Ausstoß von PKWs, versteckte Subventionen für viele deutsche Firmen durch die Befreiung von der Ökosteuer, aggressives Lohndumping mit dem Ergebnis der Konkurrenzvorteile deutscher Unternehmen, Entlastung des Kapitals von Sozialabgaben usw. – die Schwäche der anderen Länder ist großenteils eine Stärke der deutschen Konzerne, die Arbeiter, Angestellte und Arbeitslose hier, aber besonders drastisch im übrigen Europa bezahlen. Mit TTIP und CETA wird aus diesem hegemonialen Rasenmäherprinzip eine Fortsetzungsgeschichte.

Die Verlierer

Politische und ökonomische InteressenvertreterInnen vertreiben immer mehr Menschen jenseits des Hungeräquators von ihrem Grund und Boden, wenn er fruchtbar ist, und zwingen sie zu leben, wo nichts wächst und gedeiht; ihr Leben ist ein täglicher Kampf ums Überleben, den die meisten von ihnen viel zu früh verlieren. Sie waren schon vor hundert, vor fünfzig, vor zehn Jahren die globalen Verlierer der kapitalistischen Profitmaschinerie und sind es heute mehr denn je.

Das politische und wirtschaftliche Schicksal dieser Menschen ist für ein umfassendes Verständnis der Folgen von TTIP und CETA von grundlegender Bedeutung, weil vor allem sie, noch viel mehr als zuvor, die Zeche zahlen werden für das, was unsere Politiker und Wirtschaftsbesitzer sich vom ungehinderten Handel zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika

Freihandelsabkommen EU - USA

Das Abkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) wird hinter verschlossenen Türen verhandelt. Es würde:

Klima und Umwelt ruinieren

- Kohle-, Gas-, und Ölkonzernen erlauben, gegen Regierungen zu klagen wenn diese Umweltauflagen machen
- Genehmigungen beschleunigen und damit die Bürgerbeteiligung ausbremsen

Konzerne noch mehr Macht geben

- Details des Abkommens werden geheim gehalten. Eingeweiht sind nur **119** Unternehmensvertreter
- Ähnliche Abkommen haben dazu geführt, dass **3 Mrd \$** zusätzlich in Konzernkassen geflossen sind

Menschenrechte und Arbeitnehmerrechte beschneiden

- Medienzensur
- „Kaufe Lokal“ Strategien verbannen
- Den Arbeitsschutz unterlaufen
- Den Zugang zu Medikamenten begrenzen
- Die Rechte von Arbeitnehmern unterlaufen

Keine Sonderrechte für Konzerne | Widerstand gegen TTIP

Stoppt TTIP | Stoppt TTIP

350.org

Jetzt den Appell unterschreiben!
www.campact.de/ttip

campact.de
DEMOKRATIE IN AKTION

und Europa versprechen. Ihnen wird noch stärker als bisher eine Handelspolitik diktiert werden, die ihre Lebensgrundlagen weiter zerstört. Die Tragik des Daseins dieser Menschen liegt vor allem unter ihren Füßen: Der Boden, auf dem sie seit Jahrtausenden leben, birgt viele für Informationstechnologie, Kraftfahrzeugtechnologie, chemische Industrie und Energiewirtschaft lebenswichtige Rohstoffe. Zusätzlich werden ihre lokalen Märkte zerstört, indem sie mit hochsubventionierten Produkten aus Europa überschwemmt werden, die sie sich nicht leisten können und die ihre Ernährungsbedürfnisse nicht abdecken.

Ihr Elend wird gleich dreifach abgesichert: Durch einseitige Handelsabkommen, die Boden, Luft und Wasser für die westlichen Konzerne uneingeschränkt verfügbar machen; durch politische, militärische und finanzielle Unterstützung korrupter Eliten, Diktatoren und oligarchischer Strukturen, deren Bruta-

lität und Grausamkeiten gegenüber der eigenen Bevölkerung mit dafür sorgen, dass der Ausbeutungsprozess von Menschen und Natur reibungslos verläuft; und schließlich, weil in vielen rohstoffreichen Ländern unsichere politische Verhältnisse herrschen und ihren Führungscliquen nicht zu trauen ist, durch Militäreinsätze, wenn die Risiken zu groß werden.

Prima Klima

Eine weitere bedrohliche Folge einer ungezügelten wirtschaftlichen Entwicklung, die von TTIP und CETA weiter festgeschrieben wird, betrifft die Menschen weltweit, aber wieder die Ärmsten am heftigsten. Seit Jahrzehnten warnen Fachleute vor den Folgen des klimatischen Wandels. Die letzten Klimakonferenzen haben noch einmal den Nachdruck erhöht. Erfolg hatten die

Mahnungen nicht. Erwärmung der Atmosphäre, Chemie in Lebensmitteln, Verschmutzung der Luft durch Kohlendioxid, Hormone und Arzneimittel im Trinkwasser, Schadstoffe in Kinderspielzeug und in Obst und Gemüse – die Liste der Zumutungen durch Lebensmittelindustrie, Landwirtschaft, Industrie, Energiewirtschaft, unter denen inzwischen alle Menschen auf dem Globus leiden, ist endlos.

Naturzerstörung überzieht den Globus wie eine Seuche. Der Natur wird genommen, sie wird behandelt, als sei sie von unerschöpflichem Reichtum. Natürlich wissen alle, Wirtschaftsbesitzer und PolitikerInnen, dass dieser Reichtum endlich ist, aber sie alle, einer wie die andere, handeln nach Motto „nach mir die Sintflut“ – diese Metapher, die sie nicht aussprechen, die aber ihrer bewussten Ignoranz innewohnt, ist so realitätsnah wie bedrohlich, auf jeden Fall für unsere Kinder und Kindes-kinder.

„Das Freihandelsabkommen wird im Hinterzimmer beschlossen“

Bürger aus Mönchengladbach und Umgebung stehen dem Abkommen kritisch gegenüber

Das geplante Transatlantische Freihandelsabkommen wird von Teilen der Politik, Journalisten, Verbraucherschutz- und Umweltorganisationen sowie Nichtregierungsorganisationen massiv kritisiert. Auch von vielen Passanten der Mönchengladbacher Hindenburgstraße und der Rheydter Fußgängerzone gibt es kritische Stimmen.



Roland Beckers (63), Rentner, hält überhaupt nichts vom Freihandelsabkommen. Dadurch würden die Arbeitnehmerrechte ausgehöhlt, wenn nicht abgeschafft.

Beckers: „Gerade in Deutschland haben wir gute Arbeitnehmerrechte mit unseren Gewerkschaften. Darauf können wir uns was einbilden.“

Ein weiteres Problem sei die Gentechnik, die dann auf unsere Äcker geraten würde. Auch Fracking solle hierher kommen. „Ich finde das erschreckend, ohne Panik machen zu wollen“ sagt der 63-Jährige. Zudem findet er es verdächtig, hinter verschlossenen Türen verhandeln zu wollen.

Beckers: „Wenn man nichts zu befürchten hätte, bräuchte man das nicht zu tun. Es geht nur darum, dass die Industrie mehr Geld verdient. Die Riesenkonzerne werden immer größer“. Der Rentner denkt, dass man dadurch keine Arbeitsplätze gewinnen kann, jedenfalls nicht in dem Ausmaß, wie es gesagt wird.

Erika Brack (66), Rentnerin, meint kurz und bündig: „Ich finde es nicht gut, mit den Amerikanern zusammen so etwas zu beschließen. Die tun zu wenig für den Umweltschutz“.

Stefan Boockmann (39), Studienrat auf einem Berufskolleg mit den Fächern Wirtschaftswissenschaft und Bankbetriebslehre, findet das Abkommen gut, weil es eine Liberalisierung des Marktes bedeuten würde. Deutschland würde durch den Wegfall von Exportbeschränkungen attraktiver für den internationalen Markt. Es bedeute eine Steigerung von Exportwirtschaft und Arbeitsplätzen. Zudem gäbe es trotz Liberalisierung Importbeschränkungen, da gebe es eine unantastbare Liste. Er findet, dass „auch genmanipulierte Produkte auf den deutschen Markt kommen könnten, wenn es überall draufsteht“.

Ute Kohl (46), Verwaltungsangestellte aus Willich, meint: „Wenn das Chlorkühnchen und Genmais bedeutet, dann lieber nicht“. Kohl findet es nicht gut, wenn man allen Tor und Tür öffnet, gerade nicht den USA. „Die Amerikaner schmeißen einfach etwas auf den Markt, und wenn es dann schädlich ist, wird es verboten“, sagt die 46-Jährige. In Deutschland sei das Gegenteil der

Fall. Hier werde alles erst getestet und komme dann auf den Markt, wenn es sicher ist. Kohl: „Ich bin nicht damit einverstanden, wenn diese Regelung abgeschafft wird“.



Tatjana Yavari (26), Studentin der Regionalstudien Lateinamerika, ist bei den Jungen Liberalen in Grevenbroich aktiv.

Yavari: „Daher kenne ich mich eher lokalpolitisch aus. Über das Freihandelsabkommen weiß ich nichts“.

Larissa Hammes (20), Studentin Textile & Clothing Management aus Mönchengladbach, fragt sich: „Warum sollten wir so was mit den USA machen? Die spionieren uns aus!“ Sie erzählt, dass es zwei Monate gedauert hat, dass sie ein Päckchen von einer Freundin bekommen hat, die ein Auf Pair-Jahr in den USA macht. Aber die 20-Jährige findet es „gut, dass es da strikte Kontrollen gibt“. Zum Thema Lebensmittel meint sie: „Monsanto hat die USA voll im Griff!“ Hammes kann sich irgendwie nicht vorstellen, dass durch das Frei-

handelsabkommen viele Arbeitsplätze geschaffen werden. Ihr Fazit: „Die Amerikaner sind sowieso verrückt.“

Marcus Jansen (39), selbständig, Inhaber einer Werbeagentur, hält das Übereinkommen für keine gute Sache. Er denkt, dass es „mittelständische Unternehmen zerstören würde und den Konzernen Macht in die Hand geben würde“. Das Abkommen führe zu einer Diktatur der Großkonzerne. Die Verbraucherschutzregeln würden aufgeweicht und auf niedrige Standards gebracht. Auch die Gentechnologie käme nach Europa. Jansen meint, dass das Freihandelsabkommen keine neuen Arbeitsplätze schaffen würde, „jedenfalls keine menschenwürdigen“.

Rüdiger Pongs (47), Druckformhersteller aus Mönchengladbach, sieht in dem Abkommen eine sehr große Bedrohung für die rechtlichen und sozialen Standards in BRD und EU. Er befürchtet, dass die Investitionsschutzregeln dazu führen, dass nationales und europäisches Recht ausgehebelt wird und zwar dadurch, dass multinationale Konzerne Staaten vor ein Schiedsgericht bringen könnten. Auch sieht er eine Gefahr für Sozialversicherungsverträge, Krankenkassen sowie -häuser und Tariffrecht. Krankenhäuser würden staatlich subventioniert. Privatkonzerne könnten sich benachteiligt fühlen und wiederum ein Schiedsgericht einbeziehen. Durch Konzerne wie Monsanto sieht er auch in der Gentechnik ein großes Problem.

Zum Thema Arbeitsplätze meint der 47-Jährige: „Beim Nordamerikanischen Freihandelsabkommen NAFTA sieht

es auch nicht so aus, als ob es sich für die mexikanische Bevölkerung gelohnt hätte“. Schlimm findet er, dass sich das Freihandelsabkommen über gewählte, nationale Institutionen stellt. Die Diskussion würde im Hinterzimmer geführt, war nicht Thema beim Bundestagswahlkampf und beim EU-Wahlkampf und werde hinter dem Rücken der Bevölkerung beschlossen.



Tim Meya (20) findet das Freihandelsabkommen schlecht. „Man weiß, dass die Produkte von den USA schlechter sind als in Europa“, sagt Meya. Ein Beispiel seien die Hühnchen mit Chlor.

Meya: „Ich finde es etwas extrem, dass das zu uns kommen könnte, da ich versuche, mich gesund zu ernähren“. Zudem meint er: „Es könnte sein, dass durch das Abkommen Arbeitsplätze geschaffen werden, aber was bringt es, wenn man dadurch krank wird“.

Gabriele Schulz



FREIHANDEL



Bislang hat kein politischer Akteur, hat keine politische Partei konsequent „Stopp“ gerufen und eine Kehrtwende verlangt. Im Gegenteil, gerade die deutsche Politik, vor allem in Gestalt der Kanzlerin Merkel, betreibt gegen alle klimatische und zukunftsversorgliche Vernunft rigorose Klientelpolitik: Automobilindustrie, Atomindustrie, Waffenindustrie, Aluminiumindustrie, Kohleindustrie, Pharmaindustrie usw. können sich auf ihren Komplott mit den politischen Entscheidungsträgern verlassen, die ihnen Schutzauflagen, Energiekosten, Entwicklungskosten für Verfahren und Produkte ersparen.

TTIP und CETA setzen diesen schleichenden Vergiftungs- und Krankmachungsprozessen, denen keiner von uns entkommen kann, die Krone auf: Schutzauflagen oder andere Regelungen, die Menschen schützen könnten, bedeuten Profiteinbußen durch Umstellungen von Produktionsprozessen, durch Investitionen in neue Aggregate und so weiter, also finanzielle Belastungen für die Unternehmen, die von diesen eingeklagt werden können. Für die Ausbeutung von Ressourcen, für die Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde sind praktisch keine Regelungen mehr möglich, Staaten können sich keine umweltschützenden Auflagen mehr leisten, weil die zu befürchtenden Schadensersatzforderungen un kalkulierbar sind. Steigende Profite für Wenige auf Kosten der Gesundheit und der Lebensqualität von Allen – ein gruseliges Szenario.

V. Terror total irrer Politiker – aus Bündnissicht

Mit TTIP und CETA erreicht die Vereinnahmung aller Lebensbereiche durch die Kapital-Politik-Verquickung eine neue Qualität. Diese Abkommen sind Fallen für die Staaten, die sie abschließen, aber eine existenzielle Katastrophe für die meisten betroffenen Menschen, für die meisten von uns. Kapitalistische Warenproduktion hat längst von den intimsten Gefühlen und den persönlichsten Orten Besitz ergriffen und sie zu einem warenförmigen Durchlaufstadium des Kapitals gemacht. Bislang aber gab es Fluchten, Freiräume, die es möglich machten, sich zumindest begrenzt dem Zugriff zu entziehen. CETA und TTIP sind Instrumente, die unsere Bedürfnisse, unsere Wünsche und unsere Sehnsüchte endgültig zu reinen Profitmaschinen machen sollen. Über unsere existenziellen Notwendigkeiten wie Nahrung, Klima und Wetter, Umwelt, Gesundheit und Arbeitsbedingungen werden wir einem maß- und grenzenlosen körperlichen und psychischen Zerstörungsprozess ausgesetzt.

CETA und TTIP

- ♣ geben den Konzernen das Recht, alles, was nicht zur Profitsteigerung beiträgt, ganz legal aus der Gesellschaft und damit aus unser aller Leben auszumerzen;
- ♣ sind unverschiebbare Einfallstore in unsere Gesundheit, in unsere Integrität, in unsere Autonomie, in unser Recht zu leben;
- ♣ gehen vor allem zu Lasten der Menschen, die ihren Lebensunterhalt mit ihrer Hände oder der Arbeit ihrer Köpfe oder ihres übrigen Körpers sichern müssen;
- ♣ verlängern den roten Faden, der die Kontinente durchzieht und immer fester und immer dicker wird: Die Kumpanei von Politik und Kapital gegen den weitaus größten Teil der Menschen, die ihnen zu Diensten sein müssen, wenn sie überleben wollen;
- ♣ machen die Steuerzahler überall auf der Welt zur Manövriermasse, zu Marionetten von Interessen, die nicht nur nicht ihre sind, sondern die sich gegen sie richten;
- ♣ sorgen dafür, dass die meisten von uns noch direkter und ohnmächtiger als bisher das Kapital finanzieren, also die Umverteilung von unten nach oben sich weiter beschleunigt.

Wohin man blickt, zahlt der ohnehin schon gebeutelte Teil der Bevölkerung die Zeche – immer höher, schneller und weiter, als wäre unser Dasein eine Verarmungsolympiade. TTIP und CETA sind der Deckel auf den Topf, in dem Ungleichheit, Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Armut und Verelendung brodeln. Eine Mafia aus PolitikerInnen und Wirtschaftsbossen erklärt uns allen den sozialen, ökonomischen und kulturellen Krieg, vor allem aber den Menschen, die unserem Bündnis für Men-

schwürde wichtig sind, mit denen wir fühlen, denen wir unser Wissen, unsere Zeit und unsere Kraft zur Verfügung stellen, um mit ihnen gemeinsam eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse zu erreichen.

Gibt es Hoffnung? Es ist keine massenhafte soziale Bewegung in Sicht, die den sozialen und kulturellen Supergau verhindern könnte. Zwar üben viele Gruppen, Initiativen und Organisationen teilweise fundierte und konsequente Kritik an TTIP und CETA, aber das Risiko für Kapital und Politik, dass sie sich zu einem Sturm verdichten könnte, der diese Abkommen hinwegfegt, ist erfahrungsgemäß – vor dem Hintergrund der letzten vierzig Jahre – so wahrscheinlich wie ein Sonnenuntergang im Osten.

Solange wir alle uns nicht in Gedanken und Gefühlen einen Ruck geben und das wuchernde Ausmaß des politischen und ökonomischen Desasters zur Kenntnis nehmen, das sich in unseren Alltag, noch in die privateste Lebensäußerung drängt, werden wir keinen gemeinsamen Weg des Widerstehens finden.

Aber gerade weil sich mit TTIP und CETA der Kreis von Ausbeutung, Unterdrückung und Rassismus schließt, weil unsere eigene, aber vor allem die Zukunft unserer Kinder bedroht ist, schreit diese Zuspitzung der kapitalistischen Produktions- und Profitlogik geradezu nach einem weltweiten Auf-



FREIHANDEL

FREIHANDEL

schrei. Er kann sich nicht nur gegen diese Deals zwischen der EU und Nordamerika richten, sondern gegen den hinter ihnen stehenden kapitalistischen Moloch, dessen Gier systematisch und gezielt Menschen zigmillionenfach in das existenzielle Aus treibt und den Globus zu einer unbewohnbaren Wüstenei zu machen droht.

Noch ist die Hoffnung auf eine wirkungsvolle Gegenbewegung vielleicht gering – aber die weltweiten sozialen Widerstandsbewegungen können zu einer Internationale der Verweigerung, der Mobilisierung ihrer eigenen Stärken werden: „Wenn Dein starker Arm es will, stehen alle Räder still“ gilt heute mehr denn je, denn ohne die Bereitschaft von Arbeitskräften, an ihrem Arbeitsplatz zu erscheinen, gibt es keinen Mehrwert, keinen Profit, keine Naturzerstörung, keinen Ressourcenraub. Es gibt gute Gründe aufzustehen und, wie Ernst Bloch es uns angeraten hat, den aufrechten Gang zu üben! Anfangen müssen wir, dazu wollen wir vom „Bündnis für Menschenwürde und Arbeit“ beitragen, hier vor Ort und heute noch!

Dr. Günter Rexilius,
Mönchengladbach



Positionen



Die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und mit Kanada müssen dringend gestoppt werden! Gegenstand der geplanten Vereinbarung ist keine Kleinigkeit. Es geht um die Etablierung der größten Freihandelszone auf der Erde. Bereits jetzt erwirtschaften EU und USA zusammen fast die Hälfte des globalen Bruttosozialprodukts – TTIP soll ihre dominante Position in der Konkurrenz zu den sogenannten Schwellenländern absichern. Auch die Menschen in Europa und Amerika haben einschneidende Verschlechterungen ihrer Lebensqualität zu befürchten – nicht nur wegen Genfood.

Es ist zu erwarten, dass demokratische Rechte, soziale Standards, Klimaschutz und Finanzmarktkontrolle auf dem jeweils niedrigsten Level „harmonisiert“ werden sollen. TTIP wird außerdem die Macht der Konzerne stärken und die Gestaltungsmöglichkeiten massiv einschränken.



Einer der strittigsten Punkte des TTIP sind zweifelsohne die geplanten Regelungen zum sogenannten Investitionsschutz. Im Rahmen von Investor-Staat-Schiedsverfahren soll es Unternehmen möglich sein, gegen staatliche Regelungen zu klagen, wenn sie sich von diesen in ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit benachteiligt sehen. Unternehmen sollen für den Einzelfall einberufene Schiedsgerichte anrufen können. Diese fallen dann für die Staaten bindende Entscheidungen. Dabei sollen die Unternehmen analog zu vergleichbaren internationalen Freihandels- und Investitionsabkommen auch Anspruch auf Kompensation „entgangener Gewinne“ geltend machen können, etwa wenn eine Gesetzesänderung den Wert einer Investition mindert. So ist es beispielsweise denkbar, dass US-Konzerne gegen das auch in Deutschland geltende Verbot der ökologisch umstrittenen Erschließung von Gas im Gestein (Fracking-Verbot) klagen. Dabei bewerten viele Experten eben diese Klauseln als rechtsstaatlich äußerst bedenklich und undemokratisch: Sie unterwandern potenziell die Souveränität der nationalen Regierungen der Mitgliedstaaten und deren Rechtsordnungen.

GREENPEACE

TTIP liefert den US-Unternehmen die Möglichkeit, ihre Interessen gebündelter und gezielter zu artikulieren. Unter Attacke stehen dabei die Politikfähigkeit der EU und ihre Möglichkeiten, auf die Bedürfnisse und Wünsche der Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Das Exportmodell „industrialisierte Landwirtschaft“ mit gentechnisch veränderten oder hoch gedopten Produkten soll mit aller Macht durchgesetzt werden, unabhängig davon, ob die Menschen in den 27 EU-Mitgliedstaaten dies wollen oder nicht.

Einem Angriff ausgesetzt ist auch das Vorsorgeprinzip, ein Grundprinzip der europäischen und internationalen Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik. Handelsbeschränkungen sollen nur noch auf der Basis von solider Wissenschaft („sound science“) möglich sein. Aber wer bestimmt, was „sound science“ ist, wer bezahlt die Untersuchungen, wem obliegt die Beweislast? Mit TTIP hat die Bedrohung der in der EU erzielten Verbraucherschutz- und Umweltstandards eine neue Dimension erhalten.



Reinhold Schneider Geschäftsführer der Unternehmensgemeinschaft der Metall- und Elektroindustrie zu Mönchengladbach

Auch wenn die Sorgen der Bevölkerung beim TTIP ernst genommen werden sollten (genannt werden z.B. geringere Schutzstandards für Verbraucher oder Umwelt) erweist sich bei genauem Hinsehen, dass vieles davon unbegründet ist. Denn das TTIP kann Handelshemmnisse beseitigen. Laut Prognosen der Europäischen Kommission würden die Exporte der EU dadurch um 28% steigen. Mehr Arbeitsplätze, mehr Angebotsvielfalt sowie bessere Produkte zu niedrigeren Preisen kämen vielen Menschen zugute. Gerade kleine- und mittlere Unternehmen (KMU), wie z.B. in der Mönchengladbacher Metall- und Elektroindustrie, würden durch ein Abkommen mit Vereinfachungen bei Regulierungen und Standards deutlich entlastet. Denn im Gegensatz zu Großunternehmen können sich die KMU den bürokratischen Aufwand und die administrativen Kosten,



Bei den Verhandlungen zum TTIP hatten Gewerkschaften oder Umwelt- oder Verbraucherverbände keine Mitsprachemöglichkeit. Vom unregulierten Freihandel profitieren vor allem die Starken und Mächtigen.

Die Gefahren und eigentlichen Profiteure des TTIP werden bewusst verschleiert.

Die Einflussmöglichkeiten von Bund, Ländern und Kommunen auf die regionale Wirtschaftsentwicklung sind massiv bedroht.

Prognostizierte minimale Wachstumssteigerungen werden zum großen Konjunkturpaket hochgejubelt.

Fehlende verbindliche Vorgaben im TTIP können zu einer Abwärtsspirale bei Arbeits- und Sozialstandards führen.

Investoren/Staat-Schiedsgerichte sind völlig intransparent und finden im Geheimen statt. Sie widersprechen demokratischen Verfahren.



Das Transatlantische Freihandelsabkommen (DIP) steht einer gerechten und solidarischen Wirtschaftsordnung, unvereinbar entgegen! Zu diesem Schluss sind die Delegierten des Bundesausschusses der KAB Deutschlands gekommen.

„Freihandel vertieft die soziale Spaltung, da er Regelungen zum Schutz der Armen und Ausgeschlossenen außer Kraft setzt und an die Stelle staatlicher Regelungen des sozialen Ausgleichs die Ausgrenzung durch die Totalität des Markts setzt.“

die durch unterschiedliche Regulierungen und Standards entstehen, oft nicht leisten. Der deutsche Mittelstand ist zudem hoch innovativ und investiert in Forschung und Entwicklung. Unsere KMU würden daher von einem stärkeren Schutz des geistigen Eigentums, der im Abkommen verhandelt werden soll, profitieren. Erleichterungen bei der Zollabfertigung und Zollsensungen würden den KMU beim Export wie beim Import erhebliche Einsparungen ermöglichen. Auch die Verbraucher würden vom TTIP durch günstigere Produkte profitieren. Das Centre for Economic Policy Research (CEPR) spricht von bis zu 545,00 Euro pro Jahr, die einem 4-köpfigen Privathaushalt als Folge des Abkommens zusätzlich zur Verfügung stehen könnten. Zudem wird es keine geringeren Standards geben, weder beim Verbraucherschutz noch bei Umwelt- und Datenschutz oder der Nahrungsmittelsicherheit. Denn das TTIP ist kein Deregulierungsprojekt. Ziel ist nicht, Sozial-, Arbeits- oder Gesundheitsstandards zu senken. Freihandelsabkommen mit konjunkturstarke Handelspartnern haben daher – nicht nur für die heimische M+E-Industrie – große Bedeutung.

DIE LINKE.

Unsere Hauptkritikpunkte sind:

- die intransparenten und undemokratischen Verhandlungen;
- dass Verhandlungsziele von Konzerninteressen getrieben sind, nicht von (zivil-)gesellschaftlichen Interessen;
- dass das Abkommen in weiten Teilen Entscheidungen nationaler Parlamente, also Gesetzgebung demokratischer Instanzen, aushebelt (beispielsweise Patentrichtlinien oder das Verbot von Fracking) und so die Demokratie gefährdet;
- dass Investitionsschutzabkommen und Schiedsgerichte demokratisch nicht legitimiert sind und die Zivilgesellschaft in Geiselschaft der Konzerne nehmen;
- dass Arbeitnehmerrechte aufgeweicht bzw. umgangen werden;
- dass Umwelt- und Gesundheitsstandards heruntergefahren bzw. unterlaufen werden;
- dass Verbraucherrechte beschränkt und Verbraucherschutz eingeschränkt werden;
- dass Finanzmarktregulierungen aufgehoben und neue Deregulierungen eingeführt werden sollen, wodurch Finanzmärkte noch krisenanfalliger werden;
- der Verdrängungswettbewerb: TTIP nützt großen Konzernen, kleine Unternehmen haben das Nachsehen; dass soziale Ungleichheit wächst aufgrund der ungleichen Einkommens- und Gewinnverteilung;
- die übergroße Dominanz des Westens in der Weltwirtschaft, deren Spielregeln der neu entstandene Wirtschaftsblock im Alleingang bestimmen könnte, was zu lasten insbesondere des globalen Südens geht.

CDU

Das geplante transatlantische Wirtschaftsabkommen TTIP wird nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel den Verbraucherschutz stärken und für mehr Wohlstand sorgen. Die EU verfüge über etliche Freihandelsabkommen mit anderen Ländern. „Und die EU hat jedes Mal ein Mehr an Umweltschutz, ein Mehr an Verbraucherschutz herausgehandelt“, betonte die CDU-Chefin. „Deshalb sind diese Abkommen gut für uns“, fügte sie hinzu. Die Kanzlerin nannte es falsch, jetzt einen Abbruch der Gespräche mit den USA zu fordern. „Sie bekommen natürlich keinen besseren Verbraucherschutz auf der Welt, wenn Sie gar nicht verhandeln. Wer nicht spricht, der wird auch nichts erreichen.“ Merkel wies die Kritik an mangelnder Transparenz bei den TTIP-Gesprächen zurück. „Erstens sind die Mandate inzwischen längst bekannt“, sagte sie. Zweitens könnten bei einer sinnvollen Verhandlung nicht alle Strategien und Taktiken im Vorfeld veröffentlicht werden. „Wenn ich alles sofort auf den Tisch lege, dann kriegt man meistens nicht das beste Verhandlungsergebnis“, sagte die Kanzlerin. Sie warnte zudem, dass die EU ohne TTIP ins Hintertreffen zu anderen Weltregionen geraten könne. „Ich beobachte, dass andere Länder auch mit den Vereinigten Staaten sehr intensiv verhandeln“, betonte sie.

SPD

Verbraucherschutzminister Helko Maas (SPD) drängt im Zuge des geplanten Freihandelsabkommens mit Washington auf Sicherheit für deutsche Konsumenten. „Verbraucher- und Datenschutz darf keine Verhandlungsmasse sein“, sagte Maas. „Wir müssen das Freihandelsabkommen nutzen, um klare Standards zu verankern. Die deutschen und europäischen Richtlinien im Bereich Verbraucher- und Datenschutz müssen erhalten bleiben“, forderte Maas. „Wenn Standards in den USA geringer sind, darf das nicht dazu führen, dass unsere Standards abgesenkt werden.“ Zugleich verwies Maas auf die Chancen des Abkommens. „Deutschland wird wirtschaftlich davon profitieren, wenn Europa und die Vereinigten Staaten ihre Handelshemmnisse abbauen“, fügte er hinzu.

Der SPD-Abgeordnete Ertug kritisiert Fortführung der TTIP-Verhandlungen:

„Die USA sperren sich gegen mehr Transparenz in den Verhandlungen, gegen eine Stärkung der Arbeitnehmerrechte und gegen verbindliche Maßnahmen zur Regulierung der transatlantischen Finanzmärkte“, kritisiert Ismail Ertug die bisherigen Ereignisse und stellt klar: „Die TTIP-Verhandlungen sollten mindestens ruhen, bis auf beiden Seiten des Atlantiks die Wahlen vorüber sind.“

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Wir bleiben dabei: Durch ein solches Abkommen darf es nicht zu einer Verschlechterung von ökologischen und sozialen Standards kommen.

Insbesondere die bestehenden EU-Standards im Bereich der Produktsicherheit, des Umwelt-, des Verbraucher- und Datenschutzes sowie bestehende Arbeits- und Sozialstandards sind keine Verhandlungsmasse und müssen auch nach Abschluss eines solchen Handelsabkommens weiter entwickelt werden können.

Die bisherige Praxis zu Investoren-Staat-Schiedsverfahren ermöglicht es Unternehmen, sich jenseits der bestehenden Rechtssysteme in intransparenten Verfahren Sonderrechte zu erstreiten. Dies darf nicht Bestandteil des Abkommens sein. Das Niveau des Rechts- und Investitionsschutzes in der EU und in den USA ist ausreichend hoch, um von der Einführung von zusätzlichen Klagemöglichkeiten mit Missbrauchspotenzial abzusehen. Die im Vergleich zu den USA weiterreichenden europäischen und deutschen Regelungen beispielsweise in den Bereichen Gentechnik, Lebensmittelsicherheit und Chemikalienrecht sind für uns Grüne nicht verhandelbar. Für Chlorhähnchen, Klon- und Hormonfleisch muss der europäische Markt geschlossen bleiben.

Verhandlungsziele:

Liberalisierung und Deregulierung:

Abbau von Zöllen, von staatlichen Regulierungen, Standards, Normen.
Investitionsschutz: Schutz der Investitionen, Eigentumsrechten und Profiten transnational tätiger Unternehmen.
Sonderklagerechte: Konzerne gegen Staaten vor quasi privaten Schiedstribunalen.
Globale Standardsetzung: Normen sollen auf internationaler Ebene durchgesetzt werden, etwa durch strikten Patentschutz, unregulierten Kapitalverkehr, unbehinderten Zugang zu Rohstoffen und Energie.

TTIP-Anschlag auf das Allgemeinwohl:

Beispielhafte Klagen von Konzernen

Verfahren beziehen sich auf öffentliche Daseinsvorsorge, Gesundheitswesen, Umweltauflagen, Patente und Urheberrechte, Nutzung von Land und Rohstoffen, Lebensmittelerschutz usw.

Konzerne gegen Umwelt:

⚠ Vattenfall vs Deutschland I
 Klage wegen wasserrechtliche Umweltauflagen bei der Betriebsgenehmigung des Hamburger Kohlekraftwerks Moorburg. Ergebnis: Hamburg hat Umweltauflagen verwässert, Genehmigung für Kohlekraftwerk erteilt.
Konzerne gegen Atomausstieg:
⚠ Vattenfall vs Deutschland II
 Klage wegen nach dem Atomausstieg verfügbarer Stilllegung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel. **Forderung:** mehr als 3,7 Milliarden Euro Schadensersatz von Bundesregierung. **Ergebnis:** Verfahren dauert noch an.

Konzerne gegen Umweltschutz:

⚠ Öl- und Gaskonzern Lone Pine Resources vs Kanada
 Klage gegen Fracking-Moratorium in der kanadischen Provinz Quebec und gegen Widerruf von Bohrlizenzen
Forderung: Entschädigung von 250 Millionen US-\$. **Ergebnis:** noch nicht bekannt.
Konzerne gegen Gesundheitsschutz:
⚠ Philipp Morris vs Uruguay und Australien
 Klage gegen schärfere Gesetze zu Warnhinweisen auf Zigarettenschachteln in Uruguay und Australien. **Forderung:** an Uruguay: 2 Milliarden US-\$ Entschädigung – **Ergebnis:** steht aus.

Konzerne gegen Preiskontrollen:

⚠ Vieler ausländische Konzerne gegen Argentinien
 Klagen gegen Obergrenzen für Gebühren für Strom, Gas und Wasser.
Forderung: 1,2 Milliarden Euro. wegen Verletzung der „gerechten und billigen Behandlung“ der Konzerne.
Konzerne gegen Mindestlöhne:
⚠ Konzerne gegen Ägypten
 Klage gegen Einführung von Mindestlöhnen, **Forderung:** unbekannt.

Konzerne gegen Gesundheitsversorgung:

⚠ Pharmakonzern Ely Lilly vs Kanada
 Klage wegen staatlicher Regelungen für Lizenzierung von Arzneimitteln. **Ergebnis:** Verfahren läuft.
Konzerne gegen Gesundheitsvorsorge:
⚠ Konzerne gegen Kanada
 Klagen wegen Verbot eines toxischen Zusatzstoffes im Benzin
Ergebnis: Kanada nimmt Verbot zurück, um Kosten zu entgehen.

Zusammenfassend:

■ z. Zt. Klagen über 14 Mrd. US-\$ anhängig, ■ bis Ende 2012 liefen 514 Investor-Staat-Verfahren, 95 Staaten wurden bisher verklagt
 ■ laut Unctad (Welthandels- und Entwicklungskonferenz, United Nations Conference on Trade and Development) gibt es heute 10 Mal mehr Verfahren als 2000
 ■ Herausbildung einer spezialisierten Anwaltskaste, die vor allem Unternehmerinteressen vertritt
 ■ in den USA und der EU können insgesamt 75000 Firmen Klagen einreichen

TTIP-Anschlag auf das Arbeitsrecht:

Beispielhafte Klagen

Grundsätzlich:
 ■ Arbeitsschutzmaßnahmen verhindern Profite, sollen dereguliert werden

TTIP und CETA: Anschläge auf die Freiheit

■ Vereinigungsfreiheit von Arbeitnehmern, Recht auf kollektive Verhandlungen – sollen verschwinden
 ■ Rechte und Arbeitsmöglichkeiten von Immigranten sollen eingeschränkt werden
 ■ Sonderklagerechte von Konzernen gegen neue Arbeitsgesetze, Streiks, andere Arbeitskämpfe.

Konzerne gegen Arbeitskämpfe:

⚠ Noble Ventures (USA) vs Rumänien
 Klage wegen nicht angemessenen Schutzes vor Streikmaßnahmen der Arbeiterinnen.

Konzerne gegen Lohnzuschläge:

⚠ Centerra Gold (USA) vs Kirgisistan
 Klage wegen von Regierung geforderten Lohnzuschlag für Minenarbeiter, die auf über 4000 Meter über dem Meeresspiegel arbeiten müssen.

Konzerne gegen Leistungsaufgaben:

⚠ Paushok (Russland) vs Mongolei
 Klage wegen eines neuen Bergbaugesetzes, das u.a. die Beschäftigung einheimischer Arbeitskräfte fördern sollte und Strafzahlungen für Konzerne vorsah, die mehr als 10% ausländische Arbeitskräfte beschäftigen.

Konzerne gegen Antidiskriminierung:

⚠ Foresti (Italien) vs Südafrika
 Klage wegen Bergbaugesetz: Unternehmensanteile abtreten an „historisch benachteiligte Südafrikaner“
Ergebnis: Anfang 2010 Verzicht auf diese Maßnahme zur Verringerung der Diskriminierung von Schwarzen.

Deutsche Unternehmen (u.a. BMW, Mercedes-Benz, VW) investieren schon jetzt:

■ vor allem im Süden und Westen der USA, weil dort wenige Arbeitnehmerrechte fixiert sind
 ■ wo Bildung von Gewerkschaften kaum möglich, wo Betriebsrenten, Krankenversicherungen kaum vorhanden, aber auch die Zahl der Arbeitsunfälle besonders hoch
 ■ mit Unterstützung spezieller Anwälte zur Abwehr von Gewerkschaftsgründungen
 ■ wo die Gründung von Scheingewerkschaften eine große Rolle spielt.

TTIP-Anschlag auf die Regulierung der Finanzmärkte

Sog. Finanzmarktkrise: in Nordamerika und der EU sind mehr als 1,7 Billionen Euro in Pleitebanken geflossen

Trotzdem wollen TTIP und CETA weitere Deregulierung von Finanztransaktionen und -dienstleistungen:

■ Europäische Banken wollen die „Volcker-Rule“ und das „Dodd-Frank-Gesetz“, die in den USA zur Kontrolle von Geldmarktprozessen geschaffen worden sind, ausbremsen
 ■ Die USA wollen die EU-Finanztransaktionssteuer kippen.
 ■ Angestrebt wird eine völlige Deregulierung und Liberalisierung der Finanzmärkte.

Schuldenerlasse sollen unmöglich werden, Präzedenzfälle sind anhängig:

⚠ Abaclat vs Argentinien
 Argentinien nach Wirtschaftskrise 2011/12 zahlungsunfähig. Unter anderem 60.000 Italienerinnen klagen seit 2011 gegen den Tausch von Staatsanleihen gegen solche, die weniger wert sind.
Forderung: ca. 1 Mrd. US-\$, **Ergebnis:** Verfahren läuft.

⚠ Postová Bank vs Griechenland

Die slowakische Postová Bank kaufte 2010 Staatsanleihen Griechenlands, sie machte Millionenverluste.
Klage auf Schadenersatz gegen den griechischen Staat, **Ergebnis:** Verfahren läuft.

TTIP-Anschlag auf die Öffentliche Daseinsvorsorge

■ Öffentliche Dienstleistungen sollen weitestgehend privatisiert werden:
 ■ Wasser, Telekommunikation, Verkehr, Abfallbeseitigung, Energie usw.
 ■ Stadtwerken soll Rekommunalisierung von Dienstleistungen untersagt werden.
 ■ Alle Ausschreibungen sollen europaweit sein, der billigste Anbieter soll den Zuschlag erhalten.
Folge: Lohndumping und Abbau von Sozialleistungen.

Ersatzung der Negativliste:

■ Bisher galt für Liberalisierung von Dienstleistungen Positivliste: nicht aufgeführt = geschützt
 ■ Geplant ist Negativliste: von Liberalisierung, also Privatisierung, nur ausgenommen, was benannt.

Liberalisierung der Trinkwasserversorgung:

■ Besonders bedrohlich: durch Privatisierung steigen Kosten
 ■ Gebührendeckelungen, Umweltauflagen und Rekommunalisierungen: Klagen von Konzernen
Folge: Akute Lebensbedrohung für Millionen von Menschen global.

Ein aktuelles Beispiel für Folgen der öffentlichen Daseinsvorsorge:

⚠ Slowakische Regierung: Private Krankenversicherungen – Profite für Versicherte reinvestieren
Klage: Der niederländische Versicherer Achmea gegen die Slowakei.
Ergebnis: Verurteilt zur Zahlung von 22 Millionen Euro Schadensersatz.

TTIP-Anschlag auf Ernährung

Grundsätzliche Vorhaben:

■ Grenzwerte chemischer und toxischer Belastung sollen außer Kraft gesetzt werden
 ■ Nachweis der Gefährlichkeit von Stoffen und Verfahren – nicht Konzerne, sondern Verbraucher
 ■ Zulassungsverfahren für GMO – genmanipulierte Organismen – sollen abgeschafft werden
 ■ Geklonte Tiere sollen für den Verzehr zugelassen werden
 ■ EU-Konzerne: USA-Gesetz über Modernisierung der Lebensmittelsicherheit soll kippen.

Abhängigkeit der Landwirtschaft von großen Konzernen:

■ Monsanto und andere Konzerne erhalten freie Hand zur Durchsetzung ihrer Profitinteressen
 ■ Abschaffung der Sortenvielfalt, Durchsetzung von profitablen Monokulturen
 ■ Keine Chance für das Überleben von Familienbetrieben
 ■ damit Verschwinden einer verbraucher-nahen und autonomen Regionalvermarktung.

Biotechnologie:

Biotechnik-Verbände, Konzerne wie Monsanto u. a. fordern völlige Freigabe der Biotechnologie-Produkte.

⚠ US-Fleischindustrie fordert:

■ Zulassung Chlor und andere Desinfektionsmittel für Fleisch (etwa Kentucky Fried Chicken)
 ■ Aufhebung des Verbots von Wachstumshormonen (etwa Ractopamin - ist in 160 Staaten wegen seiner Gefährlichkeit für Menschen verboten)
 ■ USA-Schweinezüchterverband (NPPC): TTIP nur akzeptiert, wenn Ractopamin erlaubt.

Gesundheitsschutz von Mensch, Tier und Pflanze:

■ Lebensmittelsicherheit, Risikobewertungen, Zulassungsverfahren sollen dereguliert werden
 ■ Pestizide, Antibiotika, Aromen, Zusatzstoffe usw. sollen generell zugelassen werden
 ■ Zertifizierungs-, Kennzeichnungs- und Etikettierungsvorschriften sollen verschwinden
 ■ keine Angaben von Inhaltsstoffen, Nährwertangaben, GMO-Kennzeichnungen in Lebensmitteln
 ■ für Fleisch, Milch, Eier keine Angaben von stackend events, also GMO-Kombinationen im Futter,
 ■ europäische REACH-Verordnung für Nachweis der Unbedenklichkeit von Chemikalien soll kippen – Gefährdung durch ca. 55000 Chemikalien, die in USA ohne Kontrolle zugelassen sind
 ■ 550 Chemikalien sind nachweislich riskant
 ■ American Chemical Council (ACC): bei beschränkter Verwendung Agrexporte von 4 Mrd. US-\$ in Gefahr, werden eingeklagt
 ■ hormonelle Schadstoffe (endokrine Disruptoren, e.D.) greifen in den Hormonhaushalt ein, Schäden: Allergien, Diabetes, Adipositas, Herz-Kreislauf-System; bei Kindern und Jugendlichen: Missbildungen Geschlechtsorgane, Hoden- und Brustkrebs – sollen zugelassen werden – e.D. finden sich in unzähligen Produkten des Alltags: Nahrungsmitteln, Verpackungen, Kosmetika.

TTIP-Anschlag auf die Gesundheit

Gesundheitsversorgung soll weiter privatisiert werden:

■ Weniger kommunale Krankenhäuser, Privatisierung von Kranken-, Pflege-, Rentenversicherung.
 ■ Privatisierung aller Gesundheitsdienstleistungen

Versorgung mit Medikamenten:

■ Biotechnology Industry (BIO) und US-Pharmavereinigung PhRMA wollen strengen Patentschutz durchsetzen, der ihre hohen Profite mit Medikamenten garantiert
 ■ Daten über klinische Tests sollen möglichst lange geschützt bleiben, um Nachahmer-Medikamente (Generika) und deren Zulassung zu verhindern
 ■ staatliche Preisvorgaben für Medikamente sollen verhindert oder nicht an Generika orientiert werden dürfen
 ■ TTIP-Kapitel über das öffentliche Beschaffungswesen: Verbot staatlicher Eingriffe in Preisgestaltung von Medikamenten = Krankenkassen müssen hochpreisige Originalpräparate abrechnen
 ■ BIO verlangt Patentschutz gegenüber Drittländern: 2012 Generika-Zwangslizenz für Bayer-Krebsmedikaments Nexavar in Indien = Preisreduktion von über 5000 US-\$ für Monatsdosis auf 160 \$ = Profit verloren
 ■ BIO verlangt verschärfte Grenzkontrollen wegen angeblich gefälschter Medikamente: führt häufig zur aber Beschlagnahme von legalen Generika = Kranke, die kostengünstige Medikamente benötigen, gefährdet

TTIP-Anschlag auf Kultur und Bildung

Privatisierung der Bildung soll weiter verstärkt werden, sowohl im schulischen Bereich als auch in Hochschulen, Forschungsinstitutionen, im Weiterbildungsbereich, in Bildungsmedien.
⚠ Subventionen für Kultur: gestrichen, Kultur privatisiert:
 ■ Nutzer werden Kunden, die Kulturwaren beziehen – in konservativen Medien schon heute (FAZ)
 ■ die Buchpreisbindung und die reduzierte MwSt. für Kulturgüter sollen fallen

■ Ziel ist, E-Books konkurrenzfähig zu machen und Absatz elektronischer Lesegeräte zu forcieren
 ■ Buchhändlersterben soll Kulturkonzernen neue Absatzmärkte schaffen
 ■ Bestseller bringen Profit, eine Verarmung des Buch- und Medienmarktes folgt zwangsläufig
 ■ Öffentliche Kulturförderung, etwa für Theater, Museen, Bibliotheken, die Kultur zugänglich für alle Menschen machen soll, hat vor den Konzerninteressen keinen Bestand

Kultur – Vom Grundrecht zum Luxus:

■ Homo oeconomicus, den Wirtschaft, Wettbewerb, Wachstum prägen, wird dominant
 ■ struktureller Widerspruch zwischen Investment und Profit im Bereich der Kultur soll verschwinden
 ■ Stärke und Brisanz von Kultur, über Macht, Ungerechtigkeit, Benachteiligung hinaus zu denken, Utopien der Veränderung zu entwickeln, soll erstickt werden
 ■ die in Kultur angelegte Dissidenz soll kolonisiert werden
 ■ bleiben soll ein oligarchisches Privileg auf Kultur und Unterhaltung für die Massen
 ■ die Medienkonzerne in USA und EU streben an, alle Schlupflöcher für Widerstand, alle Schutzzonen für kritisches Denken und Handeln zu beseitigen

Kultur und Privatheit:

■ Eine Koalition von IT- und Internet-Unternehmen – Digital Trade Coalition – verlangt die Beseitigung der EU-Datenschutzregeln
 ■ Das Council for International Business (USCIB) verlangt, dass alle Daten freigegeben werden
 ■ Sicherheit der Privatsphäre für Konzerne verkapptes Handelshindernis
 ■ im USClB ist z.B. die Firma Verizon sehr aktiv – einer der wichtigsten Datenlieferanten der NSA.

TTIP-Anschlag auf das Klima

Grundsätzlich: Keine Einschränkung von profitablen Investitionen und Produktionsverfahren

Fortsetzung der Klientelpolitik:

■ Auto-, Kohle-, Aluminium- und Energieindustrien in Deutschland subventioniert
 ■ Politik im Schulterchluss mit den Profitinteressen: CO2-Ausstoss, Atomanlagenbau
 ■ Förderung erneuerbarer Energien nur, wenn sie Konzerninteressen dient

Agrarkonzerne kaufen Landstriche, den Boden ganzer Länder auf:

■ Renditen für Shareholder einziges Interesse = Verwüstung ganzer Landstriche
 ■ Vertreibung von Millionen von Menschen
 ■ Verarmung kleiner Bauern, die als Leibeigene arbeiten müssen
 ■ Pestizideinsatz und genveränderte Pflanzen, die Profit erhöhen

Flugverkehr:

■ Airlines of America (US-Verband): unnötige Vorschriften bezüglich Schadstoffausstoß weg
 ■ Europäische Regelung für Fluglinien über Emissionsrecht handeln streichen
 ■ Alle Regulierungsmaßnahmen gelten als Fortschrittshemmnis

Nutzung von Land und Rohstoffen:

■ Weiterhin Akzent auf profitable fossile Brennstoffe
 ■ Nutzung unkonventioneller Öl- und Gasvorkommen, etwa durch Schiefergasbohrungen
 ■ Flüssiggas und Treibstoffe aus kanadischen Treibsand
 ■ alle diese Produktionsverfahren haben höhere Treibhausemissionen zur Folge.

Fazit:

■ Umweltschutz bleibt auf der Strecke, spielt für Politik und Konzerne keine Rolle
 ■ Verheerende Folgen für Menschen und Natur sind zu erwarten
 ■ Dramatische Klimaveränderung von Politik ignoriert: nur Profitinteressen der Konzerne im Blick



Statement und Resolution der Ev. Kirche Düren zum TTIP

Mit dem Freihandels- und Investitionsschutzabkommen zwischen Europa und den USA wird zur Zeit nicht nur ein freier Warenverkehr zwischen Europa und Amerika verhandelt, sondern auch Schutzmaßnahmen für jeweils ausländische Investoren. Die exportorientierte deutsche Wirtschaft hat ein großes Interesse am Zustandekommen dieses Abkommens.

In der Öffentlichkeit wird allerdings immer mehr Misstrauen und eine zunehmend ablehnende Haltung gegenüber dem Abkommen laut, die sich an Kritikpunkten festmachen wie Chlorhühnchen, Genfleisch, Fracking, Demokratieverlust, Abbau von Standards im Bereich des Verbraucherschutzes, der Arbeitnehmerrechte sowie des Umweltschutzes.

Das Misstrauen macht sich hauptsächlich fest an der Geheimhaltung der Verhandlungen. Der Europäische Rat hat der EU-Kommission mit ihrem Handelskommissar Karel de Gucht weitgehende Verhandlungsfreiheit zugestanden. Lediglich Vertreter der Wirtschaft sind als Berater bei den geheimen Beratungen anwesend, aber kein EU-Parlamentarier oder Vertreter von Verbrauchern und sozialer Interessen.

Für Handelskommissar Karel de Gucht gehört das Zustandekommen des TTIP, vor allem des Investitionsschutzabkommens, zu seinem erklärten politischen Ziel. Für den Investitionsschutz werden private Schiedsgerichte, sogenannte „Streitschlichtungskammern“ eingerichtet, die von Investoren angerufen werden können, um Schadensersatz für drohende Gewinnverluste einzuklagen. So könnten etwa Regierungen ver-

klagt werden, wenn sie umfangreichere Umweltvorschriften erlassen oder strengere Arbeitsschutzmaßnahmen einführen. Mit der bestehenden Justiz hätten diese sogenannten „Streitschlichtungskammern“ nichts zu tun. Sie unterlägen keiner parlamentarischen Kontrolle. Auf diese Weise könnten z.B. Gesetze für die geplante Energiewende zum Klageanlass für Investoren werden.

Erst nach Abschluss der Verhandlungen wird das Europäische Parlament einen hunderte Seiten langen Vertragstext vorgelegt bekommen, über den er in kürzester Zeit entscheiden soll. Allerdings kann dann nur noch mit Ja oder Nein votiert werden. Die Vertragsinhalte und die Wortwahl sind nicht mehr diskutierbar. Das heißt, einen demokratischen Diskurs wird es nicht mehr geben.

Inzwischen teilt die Bundesregierung die aufkommenden Bedenken gegen die Investitionspartnerschaft mit ihrer transnationalen Gerichtsbarkeit ohne demokratische Kontrolle, und sie sieht die Gefahr, dass das ganze Freihandelsabkommen daran scheitern könnte. Wirtschaftsminister Gabriel plädiert deswegen dafür, die umstrittene Investitionspartnerschaft zunächst einmal zurückzustellen.

Die EU-Kommission hat diesen wachsenden Bedenken Rechnung getragen und eine Anhörung gestartet.

Nun ist aber fast unbemerkt von der öffentlichen Aufmerksamkeit im EU-Parlament bereits eine Vor-Entscheidung getroffen worden. Unter dem Druck der EU-Kommission hat das Europaparlament eine vor einem Jahr erarbeitete Vorlage noch vor den Europa-

wahlen verabschiedet. Darin geht es um die Rahmenbedingungen für die schon bestehenden transnationalen Schiedsgerichte für juristische Auseinandersetzungen zwischen Investoren und nationalen Regierungen. Eine Schwarz-Rot-Gelbe Mehrheit hat den neuen Bestimmungen zugestimmt. Auch die deutschen EU-Parlamentarier der großen Koalition stimmen zu, denn Deutschland hat bereits 130 bilaterale Investitionsschutzabkommen abgeschlossen, in denen die Einklagbarkeit von Investitionshemmnissen vorgesehen ist. Für solche Klagen sind eben diese international agierenden privaten Schiedsgerichte zuständig. Deshalb konnte EON die Bundesregierung verklagen wegen Gewinnverlusten durch die Gesetze zum Ausstieg aus der Atomenergie.

Damit ist aber bereits ein mehrheitlich beschlossener Weg vorgezeichnet und dem EU-Kommissar eine Verhandlungsgrundlage an die Hand gegeben auch für eine transatlantische Investitionspartnerschaft.

Wem wird das TTIP-Abkommen letztlich dienen?

Es wird versprochen, dass eine solche Handels- und Investitionspartnerschaft Wirtschaftswachstum und damit Arbeitsplätze schaffen wird und außerdem sinkende Preise bringen wird. Allerdings haben Berechnungen ergeben, dass voraussichtlich nur ein Drittel der versprochenen Arbeitsplätze aufgrund des Abkommens entstehen werden, nämlich 68.000 innerhalb

der nächsten 15 Jahre. Das erwartete Wirtschaftswachstum wird voraussichtlich zulasten der Umwelt gehen. Und die sinkenden Preise werden wohl mit einem Qualitätsverlust erkaufte werden müssen.

Aus Sicht demokratischer Gesellschaften, die dem Allgemeinwohl verpflichtet sind, werden die Nachteile einer solchen Partnerschaft überwiegen:

1. Herabgesetzter Verbraucherschutz, d.h. Chlorhühnchen, Genfleisch, undeckelte Ware kommt auf den deutschen Markt.

2. Wettbewerbsnachteile für Familien- und Kleinbetriebe, für den ökologischen Landbau und für regionale Produkte.

3. Einsatz von in Deutschland bisher verbotenen Technologien (Fracking, Gentechnologie...)

4. Weitere Aushöhlung demokratischer Rechte, Demotivierung von bürgerschaftlichem Engagement, Demokratieverdrössenheit. Verlust der Gestaltungsmöglichkeiten nationaler Parlamente, wie den ökologischen Umbau der nationalen Wirtschaft und der Zivilgesellschaft sowie den Ausbau sozial gerechter Strukturen.

5. Deklassierung der nationalen Gerichtsbarkeit und Verzicht auf Gewaltenteilung im weltwirtschaftlichen Handelsrecht.

Deswegen rufen wir die Bundesregierung und die EU-Parlamentarier aller Parteien auf, dem TTIP-Abkommen nicht zuzustimmen.

Helma Tietjen
Cornelia Kenke

kurz gesagt:



Frühe TTIP-Ernte: EU erlaubt Desinfektion mit Milchsäure

Dass die EU in allen Fragen der Lebensmittelsicherheit zu durchaus weitreichenden Konzessionen bereit sein könnte, zeigte die im Februar 2013 erfolgte Aufhebung des Importverbots von US-Rindfleisch, das mit Milchsäure desinfiziert wird.

Wie ein EU-Verhandler freimütig einräumte, war diese Entscheidung ein Zugeständnis an die US-Regierung, um deren Ja zu den TTIP-Verhandlungen zu erreichen:

„Die Vereinigten Staaten hatten bestimmte Bedingungen für den Start der Verhandlungen gestellt. Wir wollten ihnen zeigen, dass Europa liefern kann“.

Wenn die EU schon im Vorhinein Schutzstandards über Bord wirft, muss sich die Öffentlichkeit darauf einstellen, dass die Kommission in den TTIP-Verhandlungen selbst noch wesentlich mehr Errungenschaften preisgeben wird.



Infos und Aktionen im Netz



Deutschland, Europäische Union
PowerShift, CorporateEuropeObservatory (CEO)
www.power-shift.de
www.corporateeurope.org

Durchgesickerte Verhandlungstexte
www.eu-secretdeals.info

Seattle to Brussels Network
www.szbnetwork.org

Friends of the Earth Europe
www.foeeurope.org

Bund für Umwelt und Naturschutz:
www.bund.net

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
www.verdi.de

Public Citizen
www.citizen.org

Deutscher Gewerkschaftsbund,
CitizensTradeCampaign
www.dgb.de
www.citizenstrade.org

Arbeitsrecht in Deutschland, AFL-CIO
arbeitsrecht.de/ttip-stoppen
www.aflcio.org

Teamsters
www.teamsters.org

SierraClub
www.sierraclub.org

Institute for Agriculture and Trade Policy
www.iatp.org

Gefährliche Geheimnisse – Wie USA und EU den Freihandel planen:

www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=42403

Europas Zukunft:

www.3sat.de/mediathek/?mode=play&obj=42489

Kürzer geht es beim Spot von attac. In etwas mehr als vier Minuten werden viele Gefahren von TTIP aufgezählt:

www.attac.de/ttip

Auf den Punkt gebracht in: Publik-Forum Dossier „Der Beutezug“ (April 2014)

www.publik-forum.de/Politik.../publik-forum-dossier-der-beutezug

Der Widerstand gegen TTIP wächst. Nachdem die Petition gegen TTIP das notwendige Quorum erreicht hat, muss sich nun der Bundestag damit beschäftigen.

epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_01/_27/Petition_48994.nc.html

Dank der Veröffentlichung eines geheimen Dokuments durch Abgeordnete des EU-Parlaments sind inzwischen die Verhandlungsleitlinien der europäischen Delegation bekannt:

www.ttip-leak.eu

Neben dem TTIP Abkommen mit den USA droht aber auch ein entsprechendes Abkommen mit Kanada: CETA. Auch hierzu gibt es Informationen:

www.die-linke-kno.de/.../freihandelsabkommen-ttip-und-ceta-stoppen

TTIP/CETA – Gefahren für Arbeitnehmerrechte, Umwelt und Demokratie
www.linksjugend-solid.de/2014/04/25/ttip-ceta-wasn-das

TTIP und CETA sind ein Angriff auf soziale, ökologische und gesundheitspolitische Standards in Europa.

<http://know-ttip.eu/ceta>

Eine Bundestags-Petition:

epetitionen.bundestag.de/petitionen/_2014/_03/_13/Petition_50705.nc.html
sowie eine gemeinsame Petition gegen TTIP und CETA:

www.ttip-unfairhandelbar.de/start/petition

Da das EU-Parlament als einzige Volksvertretung über TTIP abstimmen dürfen soll, ist der Ausgang der Europawahl entscheidend. Hier setzt die Kampagne von Campact an:

www.campact.de/ttip/appell/penden-2

TIPP: Unter www.menschenwuerde-und-arbeit finden Sie ein PDF dieser Zeitung und können darin die Links anklicken!

Impressum

Der Draht zum Bündnisrat

■ Eddi Erlemann 02161/567 07 77
e.erlemann@online.de

■ Franz-Josef Breuer
breuerfj@hotmail.com

■ Hartmut Wellssow 02161/66 65 24
hwellsow.cbartrina@t-online.de

■ Heinz Backes 0241/45 24 75
heinz.backes@bistum-aachen.de

■ Johannes Eschweiler 0171/953 25 65
johannes.eschweiler@stiftung-volksverein.de

■ Alex Micha 02161/58 13 99

■ Robert Manstetten 0241/132 05
r-d@manstetten.com

Mitglied im Bündnis werden?

Sehr einfach: Eine formlose Anmeldung per Mail genügt.

Beitrag: 1 Euro pro Monat für Einzelpersonen, 10 Euro pro Monat für Verbände, Organisationen und Gruppen. Bareinzahlung im Volksvereinshaus möglich.

Impressum

Bündnis für Menschenwürde und Arbeit
Wolfgang Fels, Tel. 02161/948 90 83
Kirchplatz 11, 41061 Mönchengladbach
www.menschenwuerde-und-arbeit.de
buero@menschenwuerde-und-arbeit.de

Bankverbindung:
Förderverein Stiftung Volksverein MG
Sparkasse Mönchengladbach
(BLZ 310 500 00) Konto: 318 08 25
Verwendungszweck: Bündnis

Layout:
studiofuergestaltung.net

Druck:
Tiamatdruck, Düsseldorf